

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Europäischer Aktionstag gegen Entlassungen bei General Electric

- *Europäische Säule sozialer Rechte – S. 4*
- *Mannheim – Protest bei städtischer Wohnungsbaugesellschaft eskaliert – S. 10*
- *Transnationale Tarifvereinbarungen – S. 14*
- *Die Linke und die EU – S. 16*

Mit Beilage: Ergebnisse der Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Ausgabe Nr. 4 am 14. April 2016, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-62 47 01, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, Eva Detscher, E-Mail: pb@gnn-verlage.de
In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Türkische Nationalisten in Deutschland provozieren Konflikt mit Kurden

alk. Am Samstag und Sonntag, 10./11. April, fanden in mehreren Städten sogenannte Friedensdemonstrationen gegen die PKK und den IS statt. Veranstalter waren eine bis dato unbekannte Organisation AYTK (Europäische Neue Türken Komitee – Avrupa Yeni Türkler Komitesi). Mobilisiert haben die Ditib, die türkische Religionsbehörde, und die UETD, die Auslandsorganisation der türkischen AKP. Verglichen mit den Wahlkampfauftritten des türkischen Präsidenten Erdogan im Sommer letzten Jahres (über zehntausend im Mai in Karlsruhe und ähnlich viele im Oktober in Düsseldorf) war die Beteiligung schwach: etwa 500 in Stuttgart, in Köln waren 5000 angekündigt, gekommen waren etwa 500. Ebenso in Hamburg, wo 2000 angekündigt waren und 200 kamen. Offensichtlich will sich auch die Mehrheit der in Deutschland lebenden AKP-Wähler und -Anhänger sich nicht in den schmutzigen Krieg der türkischen Regierung gegen die Kurden hineinziehen lassen. An den Aktionen nahmen fanatisierte Nationalisten teil, auf Deutsch waren zwar Tafeln gegen PKK und IS zu lesen, auf Türkisch wurden aber Parolen gerufen wie: „Alles für das Vaterland – Märtyrer sterben nicht, das Vaterland kann nicht geteilt werden“, ein Aufruf zum Krieg gegen die Kurden.

Es gab Gegendemonstrationen. Aufgerufen hatte ein Bündnis aus kurdischer Gemeinde, Aleviten, Armeniern, Yeziden und anderen. Der Aufruf forderte vor allem die Kommunen auf, ordnungsrechtlich gegen die befürchteten nationalistischen und gewaltverherrlichenden Aufmärsche vorzugehen: „Der Politik, der Verwaltung und den Medien obliegt es, diesen Rassismus auf den Straßen der eigenen Kommune zu unterbinden. Der Kampf gegen Rechts verliert andernfalls seine Glaubwürdigkeit. Die Ausübung demokratischer Rechte beinhaltet nicht das Recht zur Volksverhetzung. Dies gilt für rechtsradikale deutsche Organisationen gleichermaßen wie für rechtsradikale Migranten. Wir rufen auf, sich den angemeldeten Demonstrationen entgegenzustellen und, soweit es um die Reaktion der öffentlichen Seite geht, diese zu untersagen.“

Die Gegenaktionen waren ebenfalls eher klein, 500 in Stuttgart, 1200 in Hamburg und in Köln 250. Man muss aber leider sagen, dass insbesondere in Stuttgart, aber auch einigen anderen Städten kurdische Jugendlichen und Linksautonome mit Pyrotechnik und Pflastersteinen Polizisten und AKP-Anhänger angegriffen haben. Es gab

Verletzte, hauptsächlich bei der Polizei; und eine Reihe von Festnahmen. Der bayerische Innenminister Hermann polemisierte gegen Visa-Erleichterungen für türkische Staatsangehörige. In Stuttgart erwägt die Polizeiführung künftig wieder den seit Stuttgart 21 eigentlich verpönten Einsatz von Wasserwerfern bei Demonstrationen, bei denen „Krawalle“ zu erwarten seien und man verschiedene Gruppen trennen müsse. Ergebnis: Die schlichte Identifizierung mit „den Kurden“ und die vermeintliche Übertragung von Kampfmethoden ist politisch äußerst gefährlich.

Zum Glück haben sowohl die türkische Gemeinde als auch die kurdische Gemeinde in Deutschland besonnen auf die Vorfälle in Stuttgart reagiert. Die Stuttgarter Zeitungen zitieren Ali Ertan Toprak, den Vorsitzenden der Kurdischen Gemeinde Deutschlands: „Was da in Stuttgart passiert ist, muss verurteilt und von der Polizei verfolgt werden.“ Besonders bitter für ihn sei, dass gerade die Kurden, die in ihrer Heimat unter den Repressionen des Staates leiden müssten, dort ihre Meinung nicht frei äußern könnten. Aus diesem Grund sollten sie das Demonstrationsrecht – auch für Andersdenkende – besonders hoch schätzen, klagt Toprak. Allerdings sei die Frustration aufseiten der jungen Kurden enorm. „Wegen der Flüchtlingskrise sieht die EU weg, wenn die türkische Regierung brutal gegen die Kurden in der Türkei vorgeht“, sagt er. Gökay Sofuoğlu, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland erinnert an die gemeinsame Erklärung der beiden Gemeinden zum Antikriegstag am 1. September 2015, in der sie aufgerufen haben, den Konflikt friedlich zu lösen.

Damals sagten sie: „Wir rufen kurdisch- und türkischstämmige Bürgerinnen und Bürger in Deutschland dazu auf, in unserer pluralistischen Demokratie in Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten gemeinsam ein Beispiel für das gute Zusammenleben von Türkinen und Türken sowie Kurdinnen und Kurden zu sein. Politische Probleme müssen politisch gelöst werden. Gewalt jeglicher Art kann keine akzeptable Lösung bei Konflikten sein, weder in der Türkei noch in Deutschland.“

Was in der aufgeheizten Stimmung und Berichterstattung untergeht: Die positiven Meldungen. Bundestagspräsident Norbert Lammer hat am Montagabend, 12. April, den Ko-Vorsitzenden der pro-kurdischen Linkspartei HDP (Demokratische Partei der Völker), Selahattin Demirtas, empfangen. Gerade der Umgang mit Minderheiten sei ein wichtiger Indikator für den Reifegrad

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

einer Demokratie, sagte der Bundestagspräsident. Diskutiert wurden auch Fragen der aktuellen Flüchtlings- und Migrationspolitik sowie das Thema der Menschen- und Freiheitsrechte in der Türkei. Lammert wies darauf hin, dass die Meinungs- und Pressefreiheit zu den nicht verhandelbaren Grundprinzipien der Demokratie gehört. An dem Gespräch mit Demirtas nahm auch der Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, der Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir, teil. Ebenfalls standen im Verlauf des Tages Gespräche mit weiteren Bundestagsabgeordneten aus Union, SPD und Linkspartei sowie mit Regierungsvertretern auf dem Programm des HDP-Ko-Vorsitzenden.

Panama: Und wer bewacht die Wächter?

maf. Der moderne Steuerstaat entsteht im achtzehnten Jahrhundert. Lange schon hatte sich in den europäischen Städten die Technik der Finanzierung öffentlicher Aufgaben per Umlage entwickelt, in den territorialen Herrschaften konnte die Trennung von fürstlich-herrschaftlichem Vermögen und Staatskasse nur auf dem Wege der Umwandlung jenes fürstlich-feudalen, mit allerhand wirtschaftsfremden Verpflichtungen belasteten Güter in privates Eigentum vollzogen werden, ein langwieriger Prozess, der in Deutschland erst mit dem Fürstenausgleich in der Weimarer Republik endete.

Der Grundsatz der „Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit“ ist bereits in den mittelalterlichen Stadtverfassungen erkennbar. Üblich war die Feststellung des Vermögens durch beidete Selbsteinschätzung, ein Verfahren, das greift, wenn sich die Beteiligten persönlich kennen und wirtschaftlich wie sozial dauernd miteinander zu tun haben. Die solide tradierte Idee der Steuergerechtigkeit ermöglicht eine Kritik an den sozialen Verhältnissen, die den Entstehungsprozess der Vermögen elegant ausklammert. Der Nachdruck dieser Kritik nimmt zu, je kompletter Einkommen und Vermögen erfasst werden können; wenn heute die Rede von der Abschaffung des Bargelds umgeht, ist dieser Prozess fast vollendet.

Allerdings nur fast, weil die Erhebung der Steuer Sache der Nationalstaaten ist, während die Tatorte des Wirtschaftslebens und auch der Kapitalgesellschaften nicht von der Staatsbürgerschaft der Person abhängen, die Eigner ist oder über das Eigentum verantwortlich verfügt. Verfahren der Verschleierung von Vermögensverhältnissen sind in zwei Fällen nötig: Erstens wenn das Geld aus Verbrechen stammt, z.B. dem Drogen- und Menschenhandel, oder zweitens, wenn es zur Finanzierung von Straftaten

verwendet wird. Dieser in Deutschland erst seit wenigen Jahrzehnten strafbare Fall tritt ein, wenn z.B. ein großer Konzern die Entscheider eines kleinen Staates kauft. Oder: Gerade fehlschlagende Staaten müssen finanziert werden. Es wäre nach deutschem Recht nicht erlaubt, eine Bande zu bezahlen, die z.B. Kleinbauern von einem kohlehaltigen Siedlungsgebiet gewaltsam vertreibt. Auch in anderen Fällen, in denen sich Korruption fast ganz aus den inneren Verhältnissen eines Landes erklären lässt, wird sich das Übel im großen Stil nur festsetzen, wenn die Begünstigten ihr Schäfchen ins Trockene bringen können.

Steuergerechtigkeit und Transparenz im Geldwesen sind Leitbilder, die von links bis rechts und von oben bis unten populär sind. Man geht dabei davon aus, dass die Staaten Rechtsstaaten sind und die Bürgerrechte achten. Ist das nicht ein bisschen naiv? Wenn die Kontrollmöglichkeiten des Staates über die der Bürgerinnen und Bürger so steil anwachsen, müsste da nicht umgekehrt die Kontrolle staatlichen Handelns durch die Bürgerinnen und Bürger entwickelt werden? Stichworte dafür wären: Datenschutz, Verwertungsverbote und Ähnliches – letztlich eine Frage an Rechtskundige und Verwaltungsfachleute.

„Koalition der Spießbürger“

alk. Derzeit laufen die Koalitionsverhandlungen zwischen den Grünen, nach der Wahl am 13. März mit rund 30% die stärkste Partei im baden-württembergischen Landtag, und der CDU, zweitstärkste Partei mit rund 27% der Stimmen. Andere mögliche Koalitionen CDU mit SPD (12,7%) oder Grüne mit SPD und FDP (8,3%) scheiterten am Widerspruch von SPD bzw. FDP. Mit der AfD (15,1%) wollte niemand koalieren wie umgekehrt diese rechtsnationalistische Partei derzeit auch in keine Regierung will.

Die Inhalte der neuen Koalition, die vermutlich Mitte Mai den bisherigen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann erneut wählen wird, sind noch wenig bekannt, eher Schlaglichter als detaillierte Projekte. Schwierig sei die Haushaltslage, weil beide Parteien die Schuldenbremse einhalten wollen (ab 2020 darf das Land keine Nettoneuverschuldung eingehen). Ebenfalls gemeinsam ist der Wille, was für die Digitalisierung zu machen, also schnelles Internet im ganzen Land (in Baden-Württemberg gibt es vor allem in ländlichen Regionen noch große Versorgungslücken). Die CDU will auf jeden Fall mehr innere Sicherheit, ob der Haushalt mehr Polizisten erlaubt, ist aber ungewiss. Den Grünen genügen allgemeine Aussagen wie Ökologie und Ökonomie vereinbaren, was das

im Einzelnen immer heißen mag, die weitere Unterstützung der Geschäfte für Solarfirmen und Windkraftanlagenbauer scheint gesichert.

Der Noch-Finanz- und Wirtschaftsminister sowie SPD-Landesvorsitzende Nils Schmid kommentiert das bisher Bekanntgewordene: Mit Grün-Schwarz drohe die „Koalition der Spießbürger“. Tatsächlich zeichnet sich hier ein gesellschaftliches Bündnis der Etablierten ab, derjenigen, die es zu etwas gebracht haben. Ob das so eintritt, wie vom SPD-Vorsitzenden befürchtet, wird sich unter anderem an der Vereinbarung zum Bildungssystem zeigen. Hier stehen sich gegenüber das Grünen-Konzept Gemeinschaftsschule gegen ein vielfältig differenziertes Schulwesen mit verschiedensten Schularten, auf den ersten Blick relativ schwer vereinbar. Ob an der Gemeinschaftsschule und dem damit angestrebten Bildungsziel „Bildungsabschluss darf nicht vom Elternhaus abhängen“ tatsächlich das Herzblut der Grünen hängt? Zweifel darf man haben. In dieser Allgemeinheit unterschreibt die CDU dieses Ziel. In der konkreten Ausformung sind sich beide Parteien zunächst einmal einig, dass das Gymnasium als Zugang zum Studium bleiben muss. Und für die Unzufriedenen mit dem öffentlichen Schulsystem im jeweiligen Klientel tun sich Auswege auf: die Privatschulen in Baden-Württemberg beschulen inzwischen knapp 9 Prozent aller Schüler, während es vor zehn Jahren erst etwas mehr als 6 Prozent waren.

Panzer üben an der Ostgrenze der Nato

Welt; 31. März; maf Am 31. März berichtet die Presse, dass die USA planen, eine Panzerbrigade nach Osteuropa zu verlegen. Es geht um 4200 Soldaten, 250 Panzer, außerdem Haubitzen, Kampffahrzeuge und weitere 1700 zusätzliche Fahrzeuge. Die Brigade soll in verschiedenen Ländern Osteuropas Übungen abhalten, genannt werden die baltischen Staaten, Polen, Rumänien und Bulgarien. Alle neun Monate wird das Personal ausgetauscht und das Gerät auf den neuesten Stand gebracht. Die Versorgungsbrigade soll in Deutschland, Belgien und den Niederlanden stationiert werden. – es wird also an der gesamten Nato-Ostgrenze geübt. Durch das geplante Rotationsverfahren ist beabsichtigt, die Truppenpräsenz schnell ausdehnen zu können. Nach verhältnismäßig kurzer Zeit sollen viele Verbände die Verhältnisse im östlichen Europa erkundet haben und schnell einsetzbar sein. Unter welchen vertraglichen Bedingungen dieser Einsatz steht, ist aus den aktuellen Pressemeldungen noch nicht zu ersehen. Wir berichten weiter.

Europäische Säule sozialer Rechte

Die Kommission hat den ersten Entwurf einer europäischen Säule sozialer Rechte vorgelegt.¹ Ausgangspunkt hierfür war die Ankündigung des Kommissionspräsidenten Juncker, Europa brauche ein „Triple A“ im Bereich der Sozialpolitik, womit er auf die anhaltende Kritik reagierte, die Kommission untergrabe bestehende soziale Schutzniveaus z. B. im Bereich der Arbeitnehmerentsendung oder im Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Die europäische Säule sozialer Rechte wird von der Kommission in engem Zusammenhang mit einer angestrebten Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion gesehen. In ihrer Mitteilung führt die Kommission aus: „Mit dieser Säule sollen mehrere fundamentale Grundsätze zur Unterstützung gut funktionierender und fairer Arbeitsmärkte und Wohlfahrtssysteme im Euro-Raum festgelegt werden. Diesem System können sich auch EU-Mitgliedstaaten anschließen, die nicht dem Euro-Raum angehören.“

Die Erfahrung der letzten 15 Jahre hat gezeigt, dass anhaltende Ungleichgewichte in einem oder mehreren Mitgliedstaaten die Stabilität des gesamten Euro-Raums gefährden können.

Die vorgeschlagenen Grundsätze treten nicht an die Stelle geltender Rechte, sondern sie bieten die Möglichkeit, die Leistung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik der einzelnen Mitgliedstaaten zu bewerten und künftig zu

verbessern.

Im Laufe des Jahres 2016 wird die Kommission in einen Dialog mit den anderen EU-Institutionen, nationalen Behörden und Parlamenten, den Sozialpartnern, der Zivilgesellschaft, Wissenschaftlern und Bürgern eintreten. Auf der Grundlage dieses Dialogs soll Anfang 2017 die europäische Säule sozialer Rechte errichtet werden.

Nach ihrer Annahme soll die Säule als Bezugsrahmen für das Leistungsscreening der Teilnahmestaaten im Beschäftigungs- und Sozialbereich dienen, die Reformen auf nationaler Ebene vorantreiben und ganz konkret als Kompass für die erneuerte Konvergenz innerhalb des Euro-Raums dienen.

Mit diesen Maßnahmen wird der Verpflichtung entsprochen, die Präsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union am 9. September 2015 eingegangen war ...“

Gleichzeitig hat die Kommission am 8. März eine öffentliche Konsultation gestartet, die sich an alle EU-Bürger und Institutionen richtet und bis Ende des Jahres laufen wird.²

Schaut man in den vorgelegten Entwurf findet man drei Themenbereiche: „Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang“, „Faire Arbeitsbedingungen“ und „Angemessener und Nachhaltiger Sozialschutz“. Der Text ist eine Mischung aus Kausalitätsbehauptungen (Flexible Arbeitsvertragsformen schaffen Arbeitsmarkt-

zugang), konkreten Ankündigungen (Alle jungen Menschen unter 25 Jahren erhalten binnen vier Monaten ...) und der Formulierung vage gehaltener Standards (eine Altersversorgung, die einen angemessenen Lebensstandards gewährleistet).

Die tatsächliche Diversität der nationalen Arbeitsmarkt- und sozialen Sicherungssysteme ist eine echte Hürde bei der Verständigung über die konkrete Ausgestaltung der einzelnen Themenbereiche. Auf der anderen Seite ist eine Debatte eröffnet, die von der Zivilgesellschaft und den Gewerkschaften aufgegriffen werden kann. Der EGB hat mit der schon länger laufenden Kampagne „Gleicher Lohn für die gleiche Arbeit am gleichen Arbeitsplatz“ einen bündnisfähigen Grundsatz formuliert, wie er auch für andere Gegenstandsbereiche zu finden sein wird. Übrigens hat die Kommission diesen Grundsatz weitgehend zur Richtschnur ihres Entwurfs für eine Revision der Entsenderichtlinie gemacht, was eine Umkehr in der Kommissionspolitik markiert und so nicht erwartet wurde, also durchaus dem intensiven gewerkschaftlichen Einsatz für faire Entsendung zuzuschreiben ist.

Die Ankündigung eines stärkeren Durchgriffs der europäischen Ebene auf die nationale Politikgestaltung („Leistungsscreenings der Teilnehmerstaaten“) dürfte allerdings den grundsätzlichen Widerstand sowohl der protektionistischen europakritischen Strömungen als auch von Teilen der Linken, die eine Forcierung der Austeritätspolitik fürchten, garantieren.

Rolf Gehring

Konferenz der Union Europäischer Dienstleistungsgewerkschaften (UNI Europa) zur digitalen Revolution am Arbeitsplatz

Am 20. März wurde zur Eröffnung der Regionalkonferenz von UNI Europa in Rom eine gemeinsame Studie der Foundation for European Progressive Studies (Feps) und UNI Europa, mit Unterstützung mehrerer Partner von UNI Europa wie z. B. Unionen in Schweden präsentiert. Die Studie wurde von der Universität von Hertfordshire durchgeführt, die Feldforschung führte Ipsos Mori durch. Sie liefert weitere Beweise für die seismischen Verschiebungen in der digitalen Wirtschaft Europas und die Explosion des Crowdwork-Modells.

Die einjährige Forschung betont die grundlegenden Änderungen, die die sogenannte „Sharing Economy“ auf den Arbeitsmärkten in Europa und der ganzen Welt hervorruft. Großbritannien und Schweden sind die ersten einer Reihe von Ländern, die Zahlen dieser Studie bekanntgeben. Die heu-

te veröffentlichte Analyse bezieht sich auf Schweden, die britischen Daten wurden im letzten Monat bekanntgegeben. Im April werden Deutschland und Österreich folgen. Auch andere Länder wie Spanien und die Niederlande erwägen eine Veröffentlichung.

Susanna Camusso, Generalsekretärin der CGIL, die auf der Regionalkonferenz von UNI Europa zu fast tausend Gewerkschaftsführern sprach, erklärte: „Der heute veröffentlichte Bericht bezieht sich auf Schweden, aber die Ergebnisse sind repräsentativ für ganz Europa, auch für Italien. Die wachsende Wirtschaft des Crowdworking ist ein Teil unserer neuen Arbeitswelt. Diese neue Arbeitswelt hat das Potenzial, sich als positive Entwicklung für die Gesellschaft zu erweisen. Momentan sehen wir allerdings vorwiegend die Nachteile, die ein vollständig unregelmäßiger Arbeitsmarkt im Hinblick

auf sozialen Zusammenhalt und nachhaltiges Wachstum hervorrufen kann. Dies zeigt die Notwendigkeit, unser Entwicklungsmodell zu ändern und für wirklich faire Jobs zu kämpfen.“

Elva Bova, die leitende Ökonomin der Foundation for European Progressive Studies, einer fortschrittlichen europäischen Denkfabrik, betonte: „Online-Plattformen eröffnen ganz unzweifelhaft viele neue Chancen. Sie erleichtern es den Arbeitnehmern, in neuen Bereichen Arbeit zu finden und ermöglichen es den Kunden, jemanden zu finden, der Gelegenheits- oder andere Arbeiten für sie erledigt. Aber die zunehmende Dominanz dieser Plattformen könnte wirklich unabhängige Arbeitnehmer aus dem Geschäft drängen, die Arbeitskosten zwangsweise senken und dafür sorgen, dass viele sich mit unsicheren Arbeitsbedingungen ohne Sozialleistungen wie Kran-

¹ Verfügbar in allen Sprachen: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM:2016:127:FIN#document2>

² <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=699&consultId=22&visib=0&furtherConsult=yes>

kengeld, bezahltem Urlaub, Rentenbeiträgen oder garantiertem Mindestlohn abfinden.“

Frank Bsirske, der Vorsitzende von Verdi ebenso wie Präsident von UNI Europa, erklärte: „Diese Konferenz ist eine ideale Gelegenheit für die Gewerkschaften in ganz Europa, zusammen zu kommen und sich über die Ergebnisse der Studie im Hinblick auf die digitale Revolution am Arbeitsplatz auszutauschen. Diese neuen Daten über Crowdfunding in Großbritannien und Schweden sind Indikatoren dafür, wie groß die Verschiebung ist, die wir bereits erleben. Die Zahlen aus Schweden verdeutlichen, dass fast ein Viertel der erwerbstätigen Bevölkerung versucht, auf diese Weise Arbeit zu finden, und dieser Trend wird sich aller Voraussicht nach fortsetzen. Für diese wachsende Arbeitnehmerschaft müssen soziale und wirtschaftliche Garantien geschaffen werden. Die Gewerkschaften müssen sich an die Anforderungen dieser neuen Arbeitswelt anpassen, damit sie diese Arbeitnehmer wirklich

vertreten können.“

Die schwedischen Daten zeigen, dass 12 % der Bevölkerung (rund 737 000 Menschen) bereits in der „Gig“ oder plattformbasierten Wirtschaft arbeiten, und dass 24 % versuchen, auf diese Weise Arbeit zu finden. In Großbritannien werden fünf Millionen Menschen über solche Plattformen bezahlt. Mehr als drei Millionen davon arbeiten regelmäßig in verschiedenen Formen von Crowdfunding. Diese Plattformen bieten verschiedene Arten von Arbeiten an. Das reicht von Arbeiten, die von zu Hause aus über Online-Plattformen erledigt werden können wie Büroarbeiten, Arbeiten für zwischendurch und „Klick-Arbeiten“ bis hin zu Arbeiten, die offline erledigt werden können wie das Angebot, verschiedene Arbeiten bei anderen zu Hause durchzuführen oder die Arbeit als Fahrer.

In Schweden findet das Crowdfunding derzeit unter großer Rechtsunsicherheit statt. Peter Hellberg, Vizepräsident von Unionen, Schwedens größter Gewerkschaft im privaten Sektor, hält

eine Regulierung der Plattformen über Tarifverträge für den besten Weg nach vorn. „Die Befürworter der plattformbasierten Wirtschaft heben den Wert der Selbstregulierung hervor. Der schwedische Arbeitsmarkt ist über die von den Sozialpartnern festgelegten Regeln bereits selbstreguliert. Die Erweiterung dieses Dialogs auf den plattformbasierten Arbeitsmarkt bedeutet, dass wir die Neutralität des Wettbewerbs zwischen den traditionellen Firmen und diesen Plattformen sicherstellen können, Sozialdumping vermeiden und verhandelbare Regeln festlegen, die kurz- wie langfristig den Arbeitnehmern ebenso zugutekommen wie den Plattformen.“

Die britische Studie ergab, dass die Nachteile des Crowdfunding für die Arbeitnehmer deren Vorteile bei weitem überwiegen. Zu den Nachteilen zählen insbesondere riskante Arbeiten ohne Sozialleistungen wie Krankengeld, bezahlten Urlaub, Renten oder einen garantierten Mindestlohn.

Quelle: <http://uniglobalunion.org>, 29.3.2016

Südfrankreich: Arbeiter übernehmen Tee-Fabrik von Unilever

Der Unilever-Konzern wollte den Betrieb im südfranzösischen Gémenos dichtmachen. Das ließen sich die Arbeiter nicht gefallen und besetzten 1336 Tage lang ihre Fabrik. Am Ende übernahmen sie den Betrieb. Jetzt machen sie als Arbeiterkooperative ihren eigenen Tee „1336“. Wie es dazu kam, erklärt Gewerkschafter und Geschäftsführer Olivier Leberquier.

Wie war das für Euch, als Unilever die Schließung Eurer Fabrik ankündigte? Kam das überraschend?

Olivier Leberquier: Wir hatten bereits Anzeichen gespürt. Kurz zuvor hatten wir einen Konflikt mit einem Streik. Daher haben wir nicht ausgeschlossen, dass es eine Restrukturierung geben könnte, die einige Arbeitsplätze kostet. Aber dass dann die gesamte Fabrik geschlossen werden sollte, hat uns kalt erwischt.

Aus Eurer Sicht war die Schließung nicht nachvollziehbar? Wie sahen denn die Zahlen aus? Glaubt Ihr, Unilever hat Euch absichtlich ausbluten lassen?

Unilever fährt satte Gewinne ein, da die Preise für die Endverbraucher steigen, die Rohstoffpreise jedoch nicht. Uns wollten sie schlicht schließen, um ihre Profite weiter zu maximieren. Wir haben schon seit 2002 beobachtet, dass sie sich aus Gémenos zurückziehen wollten. Früher waren wir die einzige Fabrik weltweit, die bestimmte natürliche Aromen produzierte. Die haben sie uns weggenommen. Und überall haben sie neue Maschinen installiert, nur nicht in Gémenos. Nach und nach mussten wir Kapazitäten an andere Werke abtreten. Unsere Produktion hat

sich halbiert – von 6 000 auf 3 000 Tonnen im Jahr.

Und warum habt Ihr Euch entschieden, zu kämpfen und die Fabrik zu besetzen? Hat Euch Unilever keine Abfindungen angeboten?

Unilever bot an, dass ein Teil der Belegschaft in die Werke in Brüssel und Polen wechseln kann – in Polen für 6 000 Euro Jahresgehalt. Ein Witz. Wir wussten ja bestens über das Unternehmen und die Zahlen Bescheid. Klar gab es auch einige, die wollten, dass wir über Abfindungen verhandeln. Der Großteil hat jedoch gesagt: Alles dicht, sofort, das gibt's doch nicht. Daher blieb uns nur der Kampf.

Und Ihr habt es geschafft, nach fast vier Jahren Kampf. Ihr habt nicht nur die Schließung verhindert, sondern führt die Fabrik selbst als Kooperative. Wann kam Euch die Idee dazu?

Wir haben schon nach wenigen Wochen beschlossen, dass wir ein alternatives Projekt starten und zurück zu natürlichen Aromen wollen. Das Konzept haben wir dann über die Jahre behutsam entwickelt und Kontakt zu Lieferanten aufgebaut. Unter anderem sind wir nach Vietnam gefahren, um uns dort eine Landarbeiterkooperative anzusehen, mit der wir heute kooperieren.

Zuerst musstet ihr ja Euren Kampf gewinnen. Die Besetzung war doch illegal. Wie habt Ihr erreicht, Öffentlichkeit, Behörden und Gerichte auf Eure Seite zu bringen?

Klar war die Besetzung illegal. Am Anfang hielten uns alle noch für Spinner. Aber das war die Voraussetzung

dafür, dass wir den Abtransport der Maschinen verhindern und später auf legalem Wege unsere Fabrik retten konnten. Wir haben dann viele öffentliche und medienwirksame Aktionen gemacht. Wir haben eine Theatergruppe gegründet und eine CD aufgenommen. Vor allem jedoch hatten wir einen guten Anwalt, gute Expertisen und gute Argumente. In den ersten Instanzen haben wir vor Gericht noch verloren, doch das Gericht in Nanterre (bei Paris) hat dann für uns entschieden.

Die Verwaltung der Metropolregion Marseille hat sogar Euer Fabrikgelände zwangsweise von Unilever zurückgekauft – und Euch damit entscheidend geholfen. Wie ging denn das?

Wichtig war dabei, dass die Regierung in Paris gewechselt hat. Die Sarkozy-Regierung hat die Behörden vor Ort noch blockiert. Der heutige Präsident Hollande jedoch war von Anfang an auf unserer Seite. Als er Präsident war, hat er uns im Elysée-Palast in Paris empfangen und sich für uns eingesetzt. Und schließlich hat die Verwaltung der Metropolregion Marseille unser Fabrikgelände aufgekauft – und wir konnten übernehmen.

Wie hat der Unilever-Konzern reagiert?

Sie haben drei Sozialpläne zur Schließung und zu den Entlassungen vorgelegt, die wir jedoch alle vor Gericht abweisen konnten. Als sie dann dazu verurteilt wurden, uns wieder einzugliedern, haben sie sich geweigert. Sie schickten uns erst Anwälte, dann Schläger mit Rohrstöcken.

Unilever wollte die Gerichtsurteile

nicht anerkennen?

Das ist ein internationaler Konzern. Die scheren sich doch nicht um den Staat. Wenn die was wollen, ziehen die das durch – auch wenn es sie Millionen kostet.

Am Ende haben sie Euch dann doch die Maschinen und die Fabrik überlassen – und Euch obendrein 20 Millionen für Eure neue Kooperative „Scop Ti“ gezahlt. Wie kam das?

Der Druck wurde zu groß. Das Image von Unilever war zunehmend beschädigt. Sie haben dann Kontakt zu uns aufgenommen. Drei Jahre lang hatten wir keine einzige Verhandlung mit Unilever. Doch wir haben sie dazu gezwungen zu verhandeln.

Wie habt Ihr Euch gefühlt, als Ihr endlich gewonnen habt? Und wie kam das in der Öffentlichkeit an?

Für viele war das eine große Überraschung. Am Anfang haben uns die Medien noch als Spinner behandelt. Aber wir haben nie gezweifelt, dass wir eine Chance haben. Klar ging Stimmung während der 1336 Tage auf und ab. Es gab immer wieder Leute, die gingen. Einige hatten nicht die Unterstützung ihrer Familien und ihres Umfelds, die beispielsweise ich hatte. Es gab Scheidungen. Und einige sind in ein Loch gefallen. Aber als wir dann zur letzten Verhandlung gingen, waren alle zusammen – und am Abend gab es dann ein großes Fest. Erste französische Supermärkte haben „1336“ in ihr Programm aufgenommen. In Deutschland ist der Tee noch nicht erhältlich, sondern nur über einen französischen Internethändler „maxicoffee.com“. Ende März startet „Scop Ti“ ihre zweite Produktlinie

Quelle: <https://www.igmetall.de>, 29.3.2016

IUL/Danone: Begrenzung von prekärer Beschäftigung

Die IUL und der in Frankreich ansässige transnationale Lebensmittelkonzern Danone haben eine wegweisende Vereinbarung über nachhaltige Beschäftigung und Zugang zu Rechten unterzeichnet, in deren Mittelpunkt eine gemeinsame Verpflichtung zur Förderung von „unbefristeter, direkter Beschäftigung als wesentliche Grundlage für ein nachhaltiges, der Achtung der Menschenrechte verhaftetes Unternehmen“ steht. Mit dieser Vereinbarung schaffen Danone und die IUL einen Rahmen, um kontinuierliche Fortschritte bei der Begrenzung oder Verringerung prekärer Beschäftigungsformen im Wege eines Überwachungs- und Verhandlungsprozesses herbeizuführen. Die Vereinbarung bekräftigt den wesentlichen Beitrag von unbefristeter, direkter Beschäftigung zu einer erfolgreichen Geschäftsentwicklung und zu einem positiven sozialen Fußabdruck in den Betrieben von

Danone und darüber hinaus auf der Grundlage der Achtung der Menschenrechte. Sie führt im Einzelnen auf, wie „befristete Verträge und ausgelagerte Arbeitsverhältnisse zur Folge haben können, dass die Beschäftigten des Schutzes und der Rechte beraubt werden, auf die sie Anspruch haben“, und setzt sich zum Ziel, dafür zu sorgen, dass die Beschäftigung mit befristeten Verträgen auf Fälle beschränkt wird, in denen eine solche Beschäftigung eindeutig als vorübergehend und einmalig bestimmt werden kann. Das örtliche Management und die örtlichen Gewerkschaften sollen der Vereinbarung zufolge gemeinsam die Umstände ermitteln, unter denen eine befristete Beschäftigung und/oder die Auslagerung von Dienstleistungen in gegenseitigem Einvernehmen eingeführt werden kann, und sie werden die Entwicklungen regelmäßig überprüfen, um den Einsatz dieser Beschäftigungsformen zu begrenzen. Danone wird die Anwendung der Vereinbarung in Betrieben, an denen es eine Minderheitsbeteiligung hält, und bei den Zulieferern der Danone-Gruppe fördern. IUL-Generalsekretär Ron Oswald: „Mit dieser Vereinbarung ist es der IUL und Danone gelungen, einen Rahmen und eine praktische Grundlage für die Aushandlung von konkreten Lösungen zu schaffen, die den uneingeschränkten Zugang der Arbeitnehmer/innen zu den in internationalen Übereinkommen und Normen festgelegten Rechten erleichtern werden. Wir sehen nun dem Umsetzungsprozess entgegen“.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 16.3.2016

Europäischer Aktionstag gegen General Electric

Mitte Januar 2016 war bekannt geworden, dass General Electric nach der Einverleibung der Alstom- Energiesparte (Frankreich) 6500 von 48 000 Arbeitsplätzen in Europa eliminieren will. In der Schweiz sollen ab Sommer 2016 bei der ehemaligen Alstom Power 1300 von bisher noch 5500 Stellen wegfallen, also fast jede vierte Stelle. Die Mitgliedsorganisationen von industriALL European Trade Union mit Mitgliedern bei General Electric (GE) riefen für Freitag, 8. April 2016 zu einem Europäischen Aktionstag auf, der zeitgleich vor der Unternehmenszentrale in Paris und an Standorten in ganz Europa stattfinden wird. Die Gewerkschaften und Beschäftigten von GE in ganz Europa wollten zeigen, dass sie für die Zukunft ihrer Arbeitsplätze und ihrer europäischen Standorte kämpfen werden. Die verschiedenen Mobilisierungen, die bereits an vielen Standorten (insbesondere in Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, der Schweiz, Kroatien und Österreich) stattgefunden haben und die Mobili-

sierung am Freitag übermittelten die gleiche Botschaft: Die GE-Beschäftigten machen sich Sorgen um ihre Jobs und ihre Zukunft. Die Gewerkschaften fordern deshalb vom GE-Management:

1) stoppt den Arbeitsplatzabbau und den Restrukturierungsplan;

2) erarbeitet ein wirkliches und langfristiges Industrieprojekt, einschließlich eines Investitionsplans, der Entwicklung von Fachwissen, F&E sowie von Innovationsprogrammen;

3) respektiert die Verpflichtung zur Unterrichtung und Anhörung der Beschäftigten, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wird;

4) berücksichtigt von den Arbeitnehmervertretern vorgeschlagene tragfähige Alternativen für die Zukunft industrieller Standorte, Arbeitsplätze und Fähigkeiten.

An der Demonstration in Paris beteiligten sich mehrere tausend Beschäftigte aus ganz Europa (Deutschland, Frankreich, der Schweiz, Italien, Spanien, Belgien, Polen, etc.). Auch die GE-Kollegen aus den USA sendeten ihre Unterstützung und Solidarität.

Quelle: industriALL European Trade Union, 3.4.2016, [Spiegel Online](http://spiegelonline.de), 8.4.16

Türkei: Gewerkschaft bei Hugo Boss unerwünscht

Im März feuerte Hugo Boss Meryem Bicakci, weil sie die Organisation der Teksif-Gewerkschaft in ihrem Werk unterstützt. Es ist eine weitere Entlassung in einer lang andauernden Zerschlagung der Gewerkschaftskampagne von dem Luxus-Mode-Label am größten Produktionsstandort in Izmir, Türkei. Das Unternehmen hat auch den Druck auf zwei weitere führende Gewerkschaftsmitglieder erhöht, Fikri Mutlu und Murat Akgün. Das Ziel ist klar: Die Arbeiter von einer Organisation in der Gewerkschaft abzuschrecken. Die Unternehmensführung von Hugo Boss hat IndustriALL, ihrer Tochtergesellschaft Teksif und mehreren dritten Parteien zugesagt, dass sie in der Organisationskampagne bei Teksif neutral bleiben. Aber zur gleichen Zeit werden die Arbeiter, die die Gewerkschaft unterstützen, eingeschüchtert, bedroht, schikaniert und entlassen. Der stellvertretende Generalsekretär Kemal Özkan IndustriALL sagte: „IndustriALL verurteilt auf das Schärfste den konzertierte Angriff des Hugo Boss-Managements gegen die Gewerkschaft in Izmir. Die neueste Entlassung von Meryem Bicakci ist ein weiterer Beweis dafür, dass das Izmir-Management seine Politik zur Zerschlagung der Gewerkschaft nicht geändert hat. Entweder unterstützt das Hugo Boss-Management in Metzingen dies oder ist zumindest nicht bereit, die täglichen Arbeitsrechtsverletzungen bei seiner größten Produktionsanlage

zu stoppen.“ Lokale Arbeitsgerichte und das Berufungsgericht haben in der jüngsten Vergangenheit entschieden, dass die zwanzig Arbeiter, die von Hugo Boss entlassen wurden, wieder eingestellt werden müssen, da ihre Arbeitsverträge aufgrund ihres Gewerkschaftsbeitritts gekündigt wurden.

Quelle: <http://www.industrial-union.org>, 7.4.2016

Bahrain : Lehrer nach fünf Jahren Gefängnis frei

Am 4.4.2016 wurde Mahdi Abu Dheeb, Führer des Bahrain Teachers Association Lehrerverbandes, ein der EI angegliederter Partner, aus dem Gefängnis entlassen. Er wurde 2011 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, weil er zu einem Lehrerstreik zur Unterstützung demokratischer Reformen aufgerufen hatte. Education International (EI) hat mit einer großen Koalition von verbundenen Unternehmen und Organisationen der Zivilgesellschaft daran gearbeitet, seine Freilassung zu gewährleisten. Unter anderem startete Amnesty International einen Twitter-Countdown, um Bewusstsein für seine bevorstehende Befreiung zu wecken, eine der EI angeschlossene Gewerkschaft, Nasuwt, startete eine Online-Kampagne und viele andere EI Tochtergesellschaften in der ganzen Welt, insbesondere der Länder, die in Bahrain diplomatischen Vertretungen haben, zeigten ihre Solidarität und appellierten jahrelang an die bahrainischen Behörden. EI-Generalsekretär Fred van Leeuwen begrüßte Abu Dheeb's Rückkehr. „Mahdi hat keine Verbrechen begangen. Er forderte qualitativ hochwertige öffentliche Bildung für alle und bat darum, dass die Gewerkschaften in die Reformen einbezogen werden. Er kämpfte für die Freiheit der Rede- und Versammlungsfreiheit“.

Quelle: <http://www.ei-ie.org>, 4.4.2016

Neuseeland: Verbot von Nullstundenverträgen

Eine lange Kampagne des IUL-Mitgliedsverbands Unite, die von allen neuseeländischen Gewerkschaften unterstützt wurde, hat im Parlament zu einem einstimmig beschlossenen Verbot von Nullstundenverträgen geführt. Alle Arbeitsverträge müssen jetzt vereinbarte und garantierte Arbeitsstunden festsetzen; diese Arbeitsstunden müssen unter Bezugnahme auf die Arbeitstage und Arbeitsbeginn und Arbeitsende aufgezeichnet werden. Ein Vertrag kann eine ‚Verfügbarkeitsklausel aus guten Gründen‘ vorsehen, die Beschäftigten müssen aber für die Verfügbarkeit entschädigt werden. Beschäftigte können zusätzliche Arbeitsstunden ohne Strafe ablehnen, und für gestrichene Schichten muss eine Ent-

schädigung gezahlt werden. Unite setzt ihre Organisierungsbemühungen und ihre Kampagne für geringbezahlte und prekär beschäftigte Arbeitnehmer/innen fort.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 14.3.2016

Kanada: Forderung nach Tarifrechten und Anerkennung

Arbeiter bei Covered Bridge Kartoffelchips in der kanadischen Stadt Hartwick, New Brunswick, streiken seit Januar 2016 in Reaktion auf die anhaltende Weigerung des Unternehmens, über einen fairen ersten Vertrag mit einem existenzsichernden Lohn und Grundrechten am Arbeitsplatz, einschließlich Regelungen über Dienstatler, zu verhandeln. Arbeiter im Werk stimmten bereits im Dezember 2013 dafür, der UFCW Kanada (Gewerkschaft u. a. im Lebensmittelsektor, die ca. 1.3 Millionen Beschäftigte in den Vereinigten Staaten und Kanada vertritt) beizutreten. Das war vor mehr als vor zwei Jahren. Aber das Unternehmen weigert sich immer noch zu verhandeln. Trotz Gerichtsentscheidungen, in denen die Rechte der Gewerkschaft bekräftigt wurden, hat Covered Bridge wiederholt gegen das Landesarbeitsgesetz verstoßen und die Gewerkschaftsanhänger eingeschüchtert. In einer Online Aktion der UFCW wurde zu Solidarität aufgerufen. Unterstützer/innen sollten die Geschäftsleitung auffordern, Verhandlungen für einen ersten fairen Vertrag aufzunehmen, und den Händlern von Atlantic Superstore, Sobeys, Costco, Dollarama, Great Canadian Dollar Store und anderen Einzelhändlern deutlich machen, dass Covered Kartoffelchips vorerst nicht mehr auf dem Einkaufszettel stehen.

Quelle: <http://www.ufcw.ca>, 6.4.2016

Panama: ITF-Gewerkschaft erreicht Vertrag mit DHL

Eine der ITF angeschlossene Gewerkschaft, Sielas, hat einen Vertrag mit dem internationalen Logistikkonzern DHL unterzeichnet. Dadurch werden wesentliche Verbesserungen für Beschäftigte im Unternehmen durchgesetzt. Durch den Kollektivvertrag zwischen DHL und Sindicato Nacional de Trabajadores de la Industria de la Aviación Civil y Similares (Sielas) erhalten die Beschäftigten künftig Anrecht auf: eine gewerkschaftliche Vertretung am Arbeitsplatz; eine 5,5-prozentige Lohnerhöhung (die Inflation in Panama beträgt 1,2 Prozent, Stand: Februar 2016); das Vorkaufsrecht für ehemalige Unternehmensfahrzeuge. Sielas -Generalsekretär Cristóbal Sousa erklärte: „Das ist ein großer Erfolg für alle DHL-Beschäftigten. Er zeigt, dass man durch Organisation einer Gewerkschaft und den Beitritt

zu Gewerkschaften selbst gewerkschaftsfeindliche Unternehmen wie DHL zur Unterzeichnung eines Vertrags zwingen kann, mit dem die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gewahrt werden und die Beschäftigten bekommen, was ihnen zusteht.“ Der Vertrag kam nach jahrelangen Verhandlungen zwischen DHL und Sielas zustande. 2015 strengte das Unternehmen sogar ein Gerichtsverfahren mit dem Ziel an, die Angelegenheit zu verschleppen.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 1.4.2016

Argentinien: Entlassungen im öffentlichen Dienst

Rund 50 000 Menschen sind Ende Februar einem Aufruf der Gewerkschaft der Staatsangestellten (ATE) gefolgt und haben vor dem Präsidentenpalast in Buenos Aires gegen die Entlassungswelle im öffentlichen Dienst protestiert. Die Gewerkschaft hatte zu einem Streiktag aufgerufen. Laut ATE haben seit dem 10. Dezember vorigen Jahres 21 000 Beschäftigte bei der Regierung, in den Provinzen und Kommunen ihre Arbeit verloren. Nach Protesten wurden 5 000 dieser Kündigungen zurückgenommen. Andrés Ibarra, der Minister für Modernisierung, kündigte jedoch 25 000 weitere Entlassungen an, die in der nächsten Zeit folgen könnten.

Quelle: [verdi Publik](http://verdi-publik.de) 2/2016

Argentinien: drohende Liberalisierung im Luftverkehr

Die argentinische Kabinenpersonalgewerkschaft Asociación Argentina de Aeronavegantes (AAA) und die ITF veranstalteten am 22. März ein gemeinsames Seminar über mögliche Reaktionen der Gewerkschaften auf die zunehmende Liberalisierung und Deregulierung in der lateinamerikanischen Luftverkehrswirtschaft. Eine immer häufiger zu beobachtende Praxis ist die Umregistrierung einer Fluggesellschaft in ein anderes Land, in dem geringere Registrierungsgebühren verlangt werden, wenig oder keine Steuern zu zahlen sind und es wesentlich leichter ist, billige Arbeitskräfte einzustellen. Antonio Fritz, ITF-Regionalsekretär für Lateinamerika und die Karibik, und Emiliano Addisi, der regionale Bildungskordinator für den amerikanischen Raum, rieten den Luftverkehrsgewerkschaften, die langjährigen Erfahrungen der maritimen Gewerkschaften im Kampf gegen Billigflaggen zu nutzen. Juan Pablo Brey meinte dazu: „Wir glauben an Wettbewerb, aber nur unter der Voraussetzung hoher Normen, die auch Sicherheit und faire Arbeitsbedingungen einschließen.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 30.3.2016

Griechenland: Tausende Flüchtlinge leben in Angst und Verzweiflung

BERLIN. Einem Amnesty-Team ist es gelungen, Zugang zu zwei streng bewachten Haftzentren auf den griechischen Inseln Lesbos und Chios zu bekommen. Die dort lebenden Flüchtlinge berichteten von menschenunwürdigen Zuständen: Die Unterbringung ist vollkommen unzureichend, es gibt nicht genug Nahrungsmittel und die medizinische Versorgung ist mangelhaft. So kümmern sich zum Beispiel im Haftzentrum Moria drei Ärzte um mehr als 3000 Menschen. Das Team um Gauri van Gulik, stellvertretende Leiterin des Europa-Programms von Amnesty International, ist Anfang dieser Woche auf die griechischen Inseln Lesbos und Chios gereist. Die Amnesty-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter erhielten Zugang zu den beiden Haftzentren Moria auf Lesbos und VIAL auf Chios, die bislang streng von der Außenwelt abgeschnitten wurden. Dort werden derzeit etwa 4200 schutzsuchende Menschen festgehalten.

In Interviews berichteten 89 Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten Amnesty von den menschenunwürdigen Zuständen, die in den beiden Zentren herrschen. Die Menschen, die auf Lesbos und Chios festgehalten werden, haben de facto keinen Zugang zu Rechtshilfe, erhalten nur unzureichende Versorgung und kaum Informationen darüber, wann sie die Haftzentren verlassen dürfen und wie es danach für sie weitergehen soll. „Die Angst und Verzweiflung sind mit den Händen zu greifen“, sagt Gauri von Gulik. www.amnesty.de

Venro fordert 1,5 MRd. Euro mehr für Entwicklungszusammenarbeit

BERLIN. „Es ist positiv, dass die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit im Haushalt 2016 gestiegen sind. Angesichts der dramatischen Weltlage ist das aber nicht genug“, sagt Heike Spielmanns, Geschäftsführerin von VENRO. „Wir brauchen erheblich mehr Mittel für die Ausgestaltung einer nachhaltigen Entwicklung. Die Bundesregierung muss endlich einen verbindlichen Zeitplan vorlegen, wie das lange versprochene 0,7-Prozent-Ziel bis 2020 erreicht wird.“ Entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung soll der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im kommenden Jahr um knapp über 100 Millionen Euro wachsen. Die VENRO-Studie „Die Entwicklung der ODA-Quote bis 2020: Wie aus Anspruch Realität werden kann“ zeigt deutlich, dass die bislang geplanten Mittelaufwüchse nicht ausreichen, um bis 2020 das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen. Hierfür müssten die Ausgaben



Mit Demonstrationen, Kundgebungen, Fahrradtouren, Wanderungen und Friedensfesten hat die Friedensbewegung an den Ostertagen erneut darauf aufmerksam gemacht, dass die Flucht Hunderttausender nach Europa Ursachen hat. Ursachen, für die die Politik Deutschlands mitverantwortlich ist. Die Bundeswehreinätze im Vorderen Orient oder in Afrika und Waffenlieferungen in Krisenregionen sind nicht Teil einer Lösung für diese Konflikte. Sie machen Deutschland zu einem Teil des Problems. Die vorgeblichen „Stabilisierungspartner“ der Bundesregierung erweisen sich immer häufiger als gefährliche Brandstifter. Weder Saudi-Arabien noch die Türkei leisten Beiträge zur friedlichen Konfliktbeilegung – das Gegenteil ist der Fall.

für Entwicklungszusammenarbeit um weitere 1,5 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich steigen.

Deutschland und andere Industriestaaten hatten sich verpflichtet, bis zum Jahr 2015 0,7-Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Die gesetzte Zielmarke wurde allerdings deutlich verfehlt. „Die Bundesregierung bekennt sich seit Jahrzehnten immer wieder zum 0,7-Prozent-Ziel“, so Spielmanns. „Wohlmeinende Versprechen helfen uns aber nicht weiter. Die Regierung muss endlich auch mit der Haushaltsaufstellung ein Zeichen für globale Gerechtigkeit setzen.“ Das sei auch im Hinblick auf die Umsetzung der Agenda 2030 von zentraler Bedeutung. venro.org/home/

Feinste Lobbyarbeit im Sinne der Luftverkehrswirtschaft

FRANKFURT. Zwanzig Maßnahmen schlägt ein Gutachterkonsortium der Bundesregierung zur Stärkung des Luftverkehrsstandorts Deutschland vor. Stärkung des Luftverkehrsstandorts, das heißt durch die Brille der Gutachter vor allem Wachstum des Luftverkehrs. Wachstum wie in den letzten Jahren mit einem Passagierzuwachs von jährlich 3 % oder besser, wie im Weltluftverkehr mit 4 % p.a. und wenn möglich noch mehr. Sämtliche Maßnahmen sind darauf angelegt, die Fluggesellschaften von Kosten und Regularien zu befreien. Gebetsmühlenartig wird die Abschaffung der Luftverkehrssteuer gefordert sowie die Verlagerung der Sicherheitskosten auf den Staat vorgeschlagen. Einschränkungen der Betriebszeiten, wie z.B. durch Nachtflugverbote, sind den Gutachtern ein Dorn im Auge. Passagierrechte gehen viel zu weit und müssen eingeschränkt werden. Die bestehenden Luftverkehrsdrehkreuze sollen stärker wachsen als die übrigen

Flughäfen. Dass der Flughafen Frankfurt als großer Hub-Flughafen völlig fehl am Platz ist, wird schlicht ignoriert. Die Lobbyarbeit erreicht ihren Höhepunkt mit dem Vorstoß, die Golf-Airlines in ihrem Streckenangebot nach Deutschland zu behindern. „Das Gutachten wirkt wie aus der Zeit gefallen. Eine bedingungslose Wachstumsphilosophie ohne Rücksicht auf Menschen und Umwelt darf nicht Grundlage für ein Luftverkehrskonzept der Bundesrepublik Deutschland werden.“ so Thomas Scheffler, Sprecher des BBI Bündnis der Bürgerinitiativen. „Nachdem die erschreckenden Ergebnisse der NORAH-Gesundheitsstudie vorliegen, kann es ein ‚Weiter so‘ nicht mehr geben. Ansätze für Alternativen liefert das NGO-Luftverkehrskonzept. Den Entscheidungsträgern in Berlin empfehle ich dringend die Lektüre.“ www.flughafen-bi.de

Fünf Jahre Bildungs- und Teilhabepaket: Paritätischer und Deutscher Kinderschutzbund ziehen kritisch Bilanz

BERLIN. Das Bildungs- und Teilhabepaket sei fünf Jahre nach seiner Einführung als gescheitert anzusehen, kritisieren der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Deutsche Kinderschutzbund Bundesverband. Die Leistungen seien in ihrer Höhe unzureichend und in der bestehenden Form nicht geeignet, Bildung und Teilhabe für benachteiligte Kinder und Jugendliche zu ermöglichen, so die ernüchternde gemeinsame Bilanz. Die Verbände werfen der Bundesregierung mangelndes politisches Interesse vor und fordern eine Totalreform im Sinne der Kinder.

Die Kinderarmut in Deutschland sei anhaltend hoch, rund 2,7 Millionen Kinder seien derzeit auf staatliche Leistungen angewiesen. „Sie wachsen in Armut auf, mit erheblichen Auswirkungen auf ihre Lebenschancen. Daran hat auch das Bildungs- und

Teilhabepaket nichts geändert“, kritisiert Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes. „Im Gegenteil: Das Bildungs- und Teilhabepaket stigmatisiert Kinder, weil es sie immer wieder dazu zwingt, sich in Schule und Freizeit als arm zu outen. Hinzu kommt, dass die einzelnen Leistungen in ihrer Höhe bereits bei der Einführung nicht ausreichend waren und seitdem nie erhöht wurden“, so Hilgers weiter. Das werde insbesondere am Beispiel des Schulbedarfes deutlich: „Eine Schulerstaussstattung, die wir auf der Grundlage von Informationsblättern von Schulen zusammengestellt haben, kostet über 200 Euro. Das ist mehr als doppelt so viel als vom Bildungs- und Teilhabepaket vorgesehen“, betont DKSB-Präsident Hilgers. Die Verbände fordern eine völlige Neuorganisation der Förderleistungen.

www.der-paritaetische.de

Zum internationalen Tag der Roma am 8.4.2016: Menschenrechte statt „sichere Herkunftsstaaten“

KIEL. Die Westbalkan-Staaten Serbien, Mazedonien, Bosnien Herzegowina, Kosovo, Albanien und Montenegro gelten nach deutschem Gesetz als sicher. Doch für Roma sind sie es nach vor nicht. Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein protestiert gegen die pauschale Erklärung von „sicheren Herkunftsstaaten“ und der Massenabschiebung von Roma-Flüchtlings in die Westbalkanstaaten. Dort stehen sie am untersten Ende der sozialen Hierarchie und sind vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt. Auch wenn es auch Sicht der deutschen Asylbürokratie an Belegen für staatliche Verfolgung fehle, lässt sich in vielen Fällen nachweisen, dass die Staaten nicht vor Verfolgung schützen. Das allein kann laut Genfer Flüchtlingskonvention zu einer Flüchtlingsanerkennung führen. In Serbien lag 2014 die offizielle Arbeitslosigkeit bei rund 30 Prozent. Bei den Roma ist die Arbeitslosigkeit deutlich höher. Nur auf dem Papier genießen alle BürgerInnen in Serbien Schutz durch den

Staat. In der Praxis erleben insbesondere Schwule und Lesben, aber auch Angehörige ethnischer Minderheiten wie Roma Diskriminierungen in verbaler und physischer Form, ohne staatlichen Schutz zu finden. Tatbestände die auch nach dem UN Pakt für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Recht Schutzwürdigkeit bedingen. EU-Staaten wie Deutschland bauen Druck auf südosteuropäische Staaten auf, damit vor allem Roma nicht in der EU um Schutz bitten. Dies fördert die Diskriminierung auf dem Balkan. Denn hier kommt es an den Grenzen zum „ethnischen Screening“ und Roma werden an der Ausreise gehindert. Rückkehrende Roma erwarten regelmäßig Verelendung, Analphabetismus, rassistische Übergriffe und Ghettoisierung. Das haben Recherchen und Berichte von bereits zurückgekehrten Roma-Flüchtlings bestätigt. www.frsh.de/home/

Stoppt den Staatsterror der AKP!

DÜSSELDORF. Wir erleben Tage, in der es überhaupt nicht mehr notwendig ist, nachzuweisen, dass die Politik des Staatspräsidenten Erdogan und seiner AKP-Regierung in der Türkei und in Kurdistan zutiefst antidemokratisch ist. Wir stellen daher mit aller Wut fest: Die Türkei wird von einem Möchtegern-Diktator regiert und die ganze Welt weiß es inzwischen!

Das AKP-Regime legt in seiner „neuen Ordnung“ Städte in Schutt und Asche, unterstützt in den Nachbarländern den Terror des sog. IS, spielt mit dem Leben von Zehntausenden. Anscheinend reicht das nicht: Es wird versucht, alle Menschen, die gegen die Kriegspolitik den Frieden verteidigen, die Demokratie, die Gleichheit der Völker vor eine Assimilierung stellen und Selbstverwaltung gutheißen mundtot zu machen; sie werden verhaftet, inhaftiert und hingerichtet. Sogar das Zusammenkommen für eine Presseerklärung wird mit Polizeigewalt verhindert ... Das Regime ist dabei, seine Terrorherrschaft und antidemokratische Gesinnung nach Europa zu tragen. Dabei

wird das Regime von europäischen Regierungen unterstützt. Agenten des Regimes (MIT), wie Muhammed Taha Gergerlioglu werden einfach freigelassen, aber 19 türkeistämmige und kurdische Revolutionäre werden in Deutschland in Isolationshaft gehalten. Jetzt versucht das Regime, mit Hilfe europäischer Regierungen und nationalistisch-faschistischen türkischen Organisationen den demokratischen Block der oppositionellen Kräfte der Türkei und Kurdistan in Europa zurückzudrängen. In europäischen Städten wollen sie mit Demonstrationen Feindschaft zwischen den Völkern bringen.

Doch das lassen wir nicht zu! Wir werden weiterhin für Demokratie, Gleichheit, Frieden und das gemeinsame Leben verteidigen. Wir wollen am 8 bis 11. April in verschiedenen Städten unsere Stimme gegen Faschismus, gegen das diktatorische AKP-Regime, für Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern erheben. Wir rufen die demokratische Öffentlichkeit, Antifaschisten, Demokraten, Friedensbewegte und unsere Freunde auf, sich uns anzuschließen. <http://navdem.com/1661-2/>

Globaler Aktionstag am 3. Mai zu H&M

BIELEFELD. Arbeitsrechtsgruppen in Europa, Bangladesch und Nordamerika rufen Konsument_innen auf, sich an dem globalen Aktionstag am 3. Mai zu beteiligen. Die Proteste finden an dem Tag statt, an dem H&M zu seiner jährlichen Generalversammlung in Solna (Schweden) einlädt. Ziel der Proteste: H&M soll endlich seinem Versprechen nachkommen und die Sicherheitsstandards seiner Zuliefererfabriken in Bangladesch gewährleisten. Die Überprüfung der Korrekturpläne bei 32 strategischen Zulieferern H&Ms hat deutlich gemacht, dass es bei der Mehrheit dieser Fabriken immer noch an angemessenen Notausgängen mangelt – und das fast drei Jahre nach der Unterzeichnung des Gebäude- und Brandschutzabkommens Accord in Bangladesch durch H&M ... Anwälte, die sich für Arbeitsrechte einsetzen, fordern H&M auf, seine Bemühungen nicht durch teure Marketingaktionen, sondern durch echtes Handeln bei den Zulieferern in Bangladesch zu beweisen. Sie drängen das Unternehmen vor allem dazu, folgende Schritte bis zur Generalversammlung am 3. Mai umzusetzen:

1) die Beseitigung von Schlössern an den Notausgängen, 2) die Beseitigung von Fall- und Schiebetüren sowie vergitterten Ausgängen und 3) das Anbringen von Feuerschutz-Türen und die Einrichtung von rauchsicheren Treppenhäusern. www.saubere-kleidung.de

Aufruf an die deutsche Bundesregierung und die Europäische Union

<https://www.dfg-vk.de> | Sehr geehrter Herr Außenminister Steinmeier, Angesichts der Gewalt und der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, vor allem den vom Krieg zwischen türkischer Regierung und PKK betroffenen Regionen in der Osttürkei, darf die deutsche und europäische Politik nicht länger wegsehen. Wir fordern Sie auf:

- Die Parteien des Konfliktes, insbesondere die türkische Regierung und die PKK, zu einem sofortigen Waffenstillstand und zur Wiederaufnahme der Friedensgespräche aufzurufen;
- Die türkische Regierung aufzufordern, allen internationalen Menschenrechtsabkommen nachzukommen, denen die Türkei beigetreten ist, und alle Maßnahmen zu unterlassen, die die Zivilbevölkerung zum Teil des Konflikts macht;
- Alle Waffenlieferungen in die Region zu stoppen;
- Alle Möglichkeiten in der Europäischen Union, der OSZE und dem Europarat zu nutzen, um den Menschenrechten für alle Bürgerinnen und Bürger in der Türkei sowie allen sich dort aufhaltenden Flüchtlingen Geltung zu verschaffen;
- Die OSZE einzuschalten und eine Beobachtungsmission zu entsenden.

Mannheim: Protest eskaliert in GBG-Zentrale

Eine Gruppe von rund zehn Aktivist/innen aus dem Umfeld des wohnungspolitischen Bündnisses „Wem gehört die Stadt?“ verlangte gestern (10. März) in den Räumlichkeiten der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GBG mit Nachdruck nach Antworten.

Um das Ergebnis schon einmal vorweg zu nehmen: Die gewünschten Antworten erhielten die jungen Aktivist/innen an diesem Tag nicht.

Bereits am Morgen hatte eine andere Protestveranstaltung der Bürgerinitiative FairMieten stattgefunden, da bekannt geworden war, dass an diesem Vormittag eine nichtöffentliche Aufsichtsratsitzung der GBG anberaumt war. Vor Ort hat sich diese Annahme wohl bestätigt, da an diesem Morgen fast alle Mitglieder dieses Gremiums beim Betreten des Gebäudes gesehen wurden. Worum es in der Sitzung ging ist unklar, da von den Mitgliedern nicht über die Inhalte gesprochen werden darf. Versuche die Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsratsmitglieder aufzuheben, sind offensichtlich bereits letztes Jahr gescheitert, selbst darüber darf keine Auskunft gegeben werden.

Vor dem Personaleingang entspann sich am Morgen gegen 9 Uhr eine hitzige Debatte zwischen den Mitgliedern der Bürgerinitiative (zu der auch zwei betroffene Mieterinnen gehören) und der Hauptabteilungsleiterin für Bauvorbereitungen und Architektin Kersten Eberhard, dem GBG-Sozialarbeiter Marco D'Angelo und dem Unternehmenssprecher Christian Franke, bei der die GBG-Angestellten den vollen Zorn und die Verzweiflung der Mieterinnen zu hören bekamen – mitunter auch unter der Gürtellinie. Die GBG zeigte sich in dieser Situation unnachgiebig in der Sache, aber in diesem Moment wesentlich diplomatischer und verständnisvoller als die Mieterinnen, die wohl demnächst ihr langjähriges Zuhause verlieren werden. Die Position der Wohnungsbaugesellschaft blieb klar: Sie ist von der Richtigkeit ihres Projekts überzeugt. Der Abriss wird kommen, also solle lieber darüber gesprochen werden, wie der Schmerz für die Betroffenen gelindert werden könne. Auf eine Debatte, was denn die Ultima Ratio der GBG sei, wenn die Mieter/innen partout nicht ausziehen würden, wollten sich die GBG-Angestellten nicht einlassen. Sie wollen weiterhin eine gemeinsame Lösung erreichen, für die Mieter/innen hingegen gibt es nur ein Ziel, nämlich den Abriss zu verhindern. Die Fronten sind verhärtet, und wenn nicht eine Seite im weiteren Verlauf umdenkt, wird dieser Streit wohl letzten Endes vor Gericht entschieden werden müssen – mit unklarem Ausgang.

Zurück zur Aufsichtsratsitzung: Die Vermutung liegt nahe, dass am gestrigen

Tag auch über die Zukunft der Bebauung Main-, Kinzig-, Carl-Benz-Straße entschieden werden sollte. Dies dachte sich wohl auch eine kleine Gruppe von Aktivist/innen aus dem Umfeld von „Wem gehört die Stadt?“ (WGDS), die schon vergangenen Samstag Wohnungen in einem betroffenen GBG-Haus 24 Stunden lang friedlich besetzt hatte, und entschloss sich am Nachmittag spontan bei der Wohnungsbaugesellschaft vorbeizugehen und zu fragen, was denn nun entschieden worden sei.

Kurz nach 15 Uhr betraten sie die GBG-Zentrale im Ulmenweg durch den Haupteingang, skandierten Parolen und machten mit einer Trillerpfeife auf sich aufmerksam, worauf die anwesenden Mitarbeiter der Wohnungsbaugesellschaft zunächst recht amüsiert reagierten und ihre Arbeit unterbrachen. Viele Kunden waren zu diesem Zeitpunkt nicht anwesend.

Zwei Transparente hatten die jungen Leute mitgebracht und auch zwei betroffene GBG-Mieterinnen waren mitgekommen. Da die Angestellten im Bereich Vermietungen natürlich keine Auskunft über die Beschlusslage geben konnten, wurde ein qualifizierter Ansprechpartner verlangt. Bis die Leiterin der Rechts- und Personalabteilung der Wohnungsbaugesellschaft am Ort des Geschehens war, gab es über das mitgebrachte Banner hinweg noch minutenlang Gespräche mit den immer verunsicherter wirkenden GBG-Mitarbeitern.

Die Leiterin der Rechts- und Personalabteilung erklärte den wohnungspolitischen Aktivist/innen, dass sie keinerlei Angaben zu internen Beschlüssen des Aufsichtsrats oder der Geschäftsleitung machen könne und forderte die störenden Protestierenden

auf, das Privatgebäude der GBG zu verlassen, was diese auch nach Aufklärung über die, ihnen sicher bereits im Vorfeld bekannte, Rechtslage ablehnten.

Auch die Androhung, die Polizei zu rufen, änderte nichts am Anliegen der jungen Leute. Sie wollten Antworten und zwar sofort: Ob der Aufsichtsrat den Abriss beschlossen habe, wann mit dem Abriss begonnen werde und was mit den verbliebenen Mieter/innen geschehe. Unternehmenssprecher Christian Franke, der am Morgen noch intensiv mit der Bürgerinitiative FairMieten diskutiert hatte, hielt sich in dieser Situation im Hintergrund.

Letztes Jahr im März gab es im Anschluss an die Aufsichtsratsitzung eine Pressekonferenz und eine Pressemitteilung, in welchen die Aufsichtsratsbeschlüsse zu den Abrissplänen am Adolf-Damaschke-Ring verkündet wurden. Vielleicht wird das dieses Mal ebenso der Fall sein, vorher wird es von der Wohnungsbaugesellschaft erfahrungsgemäß keine Aussage geben. Der Versuch der Aktivist/innen diesen internen Ablauf der GBG durch persönliches Vorsprechen zu umgehen, war wohl von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Während der Protestaktion stellten sich die Aktivist/innen mit einem Banner gut sichtbar vor den Haupteingang, bemühten sich jedoch, keine GBG-Kunden zu behindern. Vereinzelt äußerten Hineingehende sogar ihre Solidarität mit dem Anliegen der Protestierenden.

Nachdem die Leiterin der Rechts- und Personalabteilung mehrfach ohne Wirkung mit dem Hinzuziehen der Polizei gedroht hatte, passierte letztendlich genau das. Vor dem Hauptgebäude der GBG versammelten sich innerhalb weniger Minuten um die zehn Streifenwagen und die ausgestiegenen Beamten besprachen sich auf dem Gehweg.

Die Aktivist/innen brachen daraufhin ihre Zelte ab und wollten dem ihnen erteilten Hausverbot nun nachkommen, doch in diesem Moment kam es zu einer emotionalen Diskussion zwischen dem inzwischen wieder vermittelnden Sozialarbeiter D'Angelo und einer aus der Kinzigstraße in die



Käfertaler Straße umgesetzten GBG-Mieterin, die unbeirrt forderte, wieder zurück in ihre alte Wohnung zu dürfen, da ihr behinderter Sohn jeden Tag zu seinem ehemaligen Zuhause laufen würde. D'Angelo erklärte der Frau, dass sie doch die Umsetzung lange und intensiv besprochen hätten und sie einverstanden gewesen sei, doch sie beharrte darauf, ihre Meinung geändert zu haben und wollte zurück. Die Aktivist/innen wollten die Frau nicht alleine stehen lassen und verpassten damit die letzte Gelegenheit, das Gebäude vielleicht noch rechtzeitig zu verlassen.

Vor der Tür wurden die Personalien aller Protestierenden aufgenommen. Es kam zu keinen Festnahmen. Den Aktivist/innen wurde nach deren Angaben von den Beamten vor Ort ein Platzverweis erteilt.

Die Hauseigentümerin GBG hat laut Aussage der Pressestelle der Polizei Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch erstattet. Es wurden bei dem Polizeieinsatz von insgesamt 15 Personen die Personalien aufgenommen, gegen die nun ermittelt wird.

§ 123 StGB: Hausfriedensbruch

(1) Wer in die Wohnung, in die Geschäftsräume oder in das befriedete Besitztum eines anderen oder in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienst oder Verkehr bestimmt sind, widerrechtlich eindringt, oder wer, wenn er ohne Befugnis darin verweilt, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Die Tat wird nur auf Antrag verfolgt.

Alle Aktivist/innen waren Polizeiangaben zufolge friedlich, es kam zu keinerlei Widerstandshandlungen gegen die Beamten.

Unternehmenssprecher Christian Franke zeigte sich nach der Protestaktion verständnislos gegenüber der Art und Weise, wie die Aktivist/innen hier vorgegangen seien. Schriftlich teilt er uns am nächsten Tag noch mit, dass die städtische Wohnungsbaugesellschaft sicherlich nicht an einer Eskalation interessiert sei, jeglichen Rechtsverstoß jedoch künftig ahnden werde. „Gerade auch wenn Mitarbeiter und Kunden in eine mögliche Gefahrensituation gebracht werden oder unser Eigentum beschädigt wird“, schließt er.

Nachtrag: Eben teilt uns der Unternehmenssprecher Christian Franke noch per Email mit, dass es keine Pressemitteilung zur Aufsichtsratssitzung gäbe. Und weiter:

Es wurde aber der Beschluss für den Neubau gefasst. Dies habe ich gestern dem SWR auf Anfrage mitgeteilt. Wir werden die weiteren Planungen – wie bisher erfolgt – im Bezirksbeirat Neckarstadt-Ost vorstellen, sofern das

gewünscht ist. Auch unsere verbliebenen Mieterinnen und Mieter erhalten weiterhin Angebote im näheren Umfeld, so dass sie das Quartier nicht verlassen müssen. Ich hoffe, dass mit Hilfe unseres Sozialen Managements hier Lösungen gefunden werden.

Die Mieter/innen, Bürgerinitiativen und Aktivist/innen konnten also weder Geschäftsführung noch Aufsichtsrat der GBG von den schwerwiegenden Auswirkungen, die der Abriss der 128 günstigen Mietwohnungen im Kern der Neckarstadt-Ost ihren Befürchtungen nach haben wird, überzeugen. Die Entscheidung ist in der Neckarstadt-Ost auch deshalb anders ausgefallen als am Adolf-Damaschke-Ring, weil die städtische Wohnungsbaugesellschaft in unserem Quartier deutlich mehr Wohnungsbestand hat als in Feudenheim. Die GBG konnte ihren Aufsichtsrat davon überzeugen, dass die Angelegenheit für die Bestandsmieter/innen sozial verträglich abgewickelt werden kann. Die zukünftige Entwicklung der Mietpreise im Umfeld der geplanten GBG-Neubauten wird zeigen, wer langfristig Recht behält.

Quelle: neckarstadtblog.de

Die Linke hält an ihrer Abriss-Kritik fest

Vor der Aufsichtsratssitzung der GBG am 10.03. diskutierte auch Stadtrat und Aufsichtsratsmitglied Thomas Trüper (Linke) mit den Protestierenden. Er sicherte ihnen zu, sich weiterhin gegen den Abriss der Wohnhäuser aus den 50er Jahren einzusetzen, gab aber zu bedenken, dass sich alle anderen Parteien schon in der Vergangenheit eindeutig für die Abriss- und Neubaupläne ausgesprochen hätten. Er wies auch das Argument der GBG-Architektin, Frau Eberhard zurück, die Häuser seien in einem bedeutend schlechteren Zustand als die nun überwiegend zur Sanierung vorgesehenen Häuser. Er machte jedoch die Anwesenden darauf aufmerksam, dass die Kritik an der GBG nicht pauschaliert werden dürfe. Sie sei unverzichtbar für das Angebot an preiswerten Wohnungen und bringe jährlich Mittel im mittleren zweistelligen Millionenbereich auf, um in die Jahre gekommene Häuser zu sanieren und instand zu setzen. Auch sei vom Grundsatz her das Bestreben der GBG richtig, ihren Häuserbestand zu verjüngen und nachhaltig zu entwickeln. Das Problem bestehe aber in der unerträglichen Tatsache, dass es immer noch keine ausreichende Wohnbauförderung gebe. Neubauwohnungen sind auf diese Weise selbst für viele durchaus „normal“ verdienende Menschen unerschwinglich seien. Zurzeit ist die GBG mit den letzten sechs MieterInnen (weiterhin) im Gespräch mit Ersatzwohnungen.

Redaktion
Kommunalinfo Mannheim



openPetition
Deutschland

MENU



<https://www.openpetition.de/petition/online/balkanlager-bamberg-und-manching-schliessen-keine-abschiebung-um-jeden-preis>

Balkanlager Bamberg und Manching schließen! Keine Abschiebung um jeden Preis

Als Reaktion auf steigende Flüchtlingszahlen hat Bayern schon Anfang letzten Jahres eine harte Abschiebepolitik angekündigt. Besonders mit der Schaffung der sogenannten „Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen“ – ARE I in Manching und Ingolstadt und ARE II in Bamberg – betreibt Bayern eine harte Selektion entlang der Fiktion „Bleibeperspektive“. Vor allem Menschen aus den angeblich „Sicheren Herkunftsländern“ sind davon betroffen. Diese harte Linie wird von manchen Behörden gern übernommen und bis zum Exzess durchgesetzt. Wir fordern, den Flüchtlingen die Ankunft zu ermöglichen und Chancen zu eröffnen, statt sie durch Internierungslager massiv auszugrenzen und schon vor Abschluss des Asylverfahrens von jeglicher Unterstützung abzuschneiden.

Unsere Forderungen

- Schließung der Abschiebelager in Bamberg und Manching!
- Keine Sonderlager nach Herkunftsland oder anderen Kriterien! Das Asylrecht muss individuell bleiben!
- Keine Umverteilung aus dem gewohnten Lebensumfeld in die Isolation!
- Keine Abschiebung in Elend und Obdachlosigkeit!
- Einzelfälle prüfen! Kein Land kann per Gesetz als „sicher“ erklärt werden!

Im Abschiebefuror

Bayern führt die Liste der Bundesländer bei Abschiebungen an. Charterabschiebungen in Staaten Südosteuropas wurden von Pressemitteilungen des Innenministers Joachim Herrmann begleitet, in denen fast euphorisch der neueste Stand der Abschiebezahlen verkündet wurde. Mit fast 3.500 Abschiebungen in 2015 hat Bayern die

Zahl von 2014 etwa verdreifacht. Die Ausreiselager in Manching und Bamberg sind zentral für diese Politik. Familien und Einzelpersonen werden dorthin verlegt, die teilweise schon jahrelang in regulären Unterkünften lebten. Schäbige Verhältnisse in den Abschiebelagern sollen dafür sorgen, dass diesen Menschen das Leben in Bayern madig gemacht wird, und sie so möglichst ausreisen. Tun sie es nicht, sollen sie abgeschoben werden. Bayern exerziert mit den Balkanlagern ein Modell, das bald auch bundesweit eingeführt werden soll. Dabei soll der Kreis der Personen, die in diese Lager eingewiesen werden können, erheblich erweitert werden.

ARE – das Abschiebelager. Die Lager in Bamberg und Manching sollen den dort eingewiesenen Insassen vor Augen führen, dass sie keine Bleiberspektive haben. Durch die Einweisung werden sie von Unterstützung abgeschnitten, besonders in Manching, wo es weder Anwälte noch Beratungsstellen oder eine umfassende ehrenamtliche Unterstützung gibt. Sachleistungen sollen ihnen einen weiteren Aufenthalt weniger erträglich machen: Insassen in Bamberg klagen über wenig Essen und nur hauchdünne Decken, unter denen sie nachts frieren. Kinder dürfen nicht mehr in die Schule gehen, selbst wenn diese zuvor in Bamberger Schulen gegangen waren. Stattdessen wird in zwei Klassen eine Art Ersatzunterricht angeboten. Deutsch steht hier nicht mehr auf dem Stundenplan. Regelmäßige Vorsprachen bei der Ausländerbehörde im Lager sollen den Ausreisepressure erhöhen. Der Besuch von Rückkehrberatungsstellen außerhalb der Lager ist den Insassen jedoch verbaut. Die unabhängige Beratungsstelle in Augsburg wurde angewiesen, keine Insassen aus Manching bei der freiwilligen Rückkehr zu beraten oder zu unterstützen.

Kosovo, Serbien, Montenegro, Albanien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina – alles „sicher“ – Die Deklaration der genannten Staaten Südosteuropas als „sicher“ hat Konsequenzen: das Asylverfahren wird im Schnelldurchlauf absolviert, es wird kaum hingehört, was Flüchtlinge vorzubringen haben, die Ablehnung erfolgt als „offensichtlich unbegründet“, und lässt deshalb einen Rechtsschutz gegen die Entscheidung kaum zu. Auch gute Gründe werden in diesen Schnellverfahren kaum gewürdigt. Insbesondere Roma und andere Minderheitenangehörige, die in verschiedenen dieser Staaten mehr erleben als nur Diskriminierung, müssten intensiver angehört werden statt eine Abfertigung im Schnellverfahren zu erleben. Die bloße politische Deklaration, dass diese Staaten „sicher“ seien, erfolgte ohne eine eingehende Prüfung der

Menschenrechtslage, und ist nach dem Verfassungsrechtler Norman Paech nicht verfassungsgemäß (norman-paech.de/app/download/5801438372/VB-Einstufungsgesetz-final.pdf). Berichte von Menschenrechtsorganisationen über Missstände und Verfolgung werden ignoriert. Die Familien aus dem Kosovo haben auch Angst vor Auseinandersetzungen. Viele sind aufgrund von ethnischen Konflikten geflohen oder persönlicher Verfolgung als Roma, Ashkali oder Angehörige der serbischen Armee. Sie fürchten sich vor dem Kontakt mit kosovarischen oder albanischen Menschen in den Balkanlagern, manche brauchen sogar spezifischen Schutz.

Begründung: Zunehmend werden Flüchtlinge nach ihren Herkunftsländern sortiert und per Bescheid in Abschiebelager verwiesen. Es hagelt Bescheide, nach denen sich die Flüchtlinge meist schon am nächsten Tag, oft innerhalb von Stunden bereithalten sollten, um per Bus ins Abschiebelager gebracht zu werden. Zwangsweise Abführung durch die Polizei wird denen angedroht, die nicht bereitstehen. Das ist menschenverachtend und mit dem Rechtsstaat nicht vereinbar. Viele der betroffenen Familien haben Kinder, die in Schulen gehen, viele konnten das erste Mal nach Beginn ihrer Flucht wieder zur Ruhe kommen, viele Familien haben kranke Familienmitglieder. Wer Glück hatte, konnte über einen Anwalt einen Eilantrag gegen den Bescheid stellen. Das Verwaltungsgericht Bayreuth gab zahlreichen dieser Anträge Recht: Ein Teil der Bescheide wurde aufgehoben, so zum Beispiel der Bescheid an eine Familie, in der die Mutter mit Krebs im Krankenhaus liegt.

Die Bezirksregierung will Menschen konzentrieren. Die Wortwahl der Bescheide ist skandalös. In der Begründung der verschickten Bescheide heißt es: „Es besteht ein erhebliches öffentliches Interesse daran, Ausländer aus sicheren Herkunftsstaaten mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit in der für sie zuständigen Aufnahmeeinrichtung zu konzentrieren“. Der Historiker Wolfgang Wippermann hat darauf hingewiesen, dass eine ähnliche Praxis der „Konzentrationslager“ vor der Zeit des Nationalsozialismus geläufig war. In den 1920er Jahren wurden sogenannte „Ostjuden“ in Lagern „konzentriert“, um sie deportieren zu können (www.freitag.de/autoren/der-freitag/1920-wie-gehabt). Aus der Praxis der willkürlichen, den Einzelfall nicht beachtenden Verschickung der Bescheide lässt sich ein kaum zu überbietendes Maß an Gewissen- und Gedankenlosigkeit herauslesen.

Fassungslosigkeit macht sich breit – Integration wird zunichte gemacht. Es braucht viele Anstrengungen, um das Ankommen der Menschen und ein

gutes Zusammenleben in der Zukunft aufzubauen. In vielen Schulen gibt es mittlerweile Willkommensklassen, Übergangsklassen, Deutschlernklassen für Flüchtlingskinder. Dabei sollen die Kinder „schnell integriert“ werden, d.h. fleißig und pünktlich sein, ihre Materialien dabei haben, Hausaufgaben machen, Konflikte gewaltfrei austragen, dabei schnell Deutsch lernen, um in eine Regelklasse wechseln zu können. Lehrer, Sozialarbeiter, Hausaufgabenbetreuungen und die Familien selbst arbeiten vielerorts erfolgreich zusammen. Kinder strengen sich an, sind häufig nach wenigen Wochen ganz normale Mitglieder ihrer Schule. Gerade in den ersten Monaten investieren viele haupt- und ehrenamtlich Tätigen viel Zeit und Energie, damit gutes Ankommen gelingt.

Ehrenamtlich Engagierte und Sozialarbeiter*innen, Lehrer*innen, Asylberater*innen und Helfer*innen befinden sich in einer paradoxen Situation. Sie werden hoch gelobt für ihren Einsatz für geflüchtete Menschen. Gefragt sind Wissen und Engagement aber nur dort, wo es dem Staat seine eigentlichen Pflichtaufgaben abnimmt, z.B. bei Kleidersammlungen, ehrenamtlichen Deutschkursen etc., wo es aber der Politik auch nicht in die Quere kommt. All diese Willkommensbemühungen werden durch die Umverteilung ohne Rücksicht auf Einzelschicksale innerhalb weniger Tagen zunichte gemacht. Fassungslos, aber nicht ohne Widerspruch haben viele Engagierte in den letzten Wochen die Auswirkungen einer bayerischen Asylpolitik miterlebt, die mit den Richtlinien des Kinderschutzes, dem Recht auf Familie, aber auch mit menschenrechtlichen Aspekten wenig zu tun hat.

Der frühere Richter am Bundesverfassungsgericht Mahrenholz rügt im Deutschlandradio Kultur die überbordende Abschiebe-Unkultur. Man könne nicht Menschen abschieben, die hier bereits Wurzeln geschlagen hätten. Er wies auch auf den besonderen Schutz für Kinder und Jugendliche hin, die in Deutschland eine Kita oder Schule besuchten. „Das ist die Auswechslung der Willkommenskultur zur Abschiebe-Unkultur. Das eine ist wunderbar und das andere ist eben nicht schön und jetzt so zu tun, als müsse man das machen, damit Raum geschaffen wird: Das ist lächerlich.“ (www.deutschlandradiokultur.de/fluechtlinge-ex-verfassungsrichter-ruegt-abschiebe-unkultur.1008.de.html?dram:article_id=340641)

Petition „Balkanlager Bamberg und Manching schließen! Keine Abschiebung um jeden Preis.“

**Im Namen aller Unterzeichner/innen.
/ München, 28.1.2016
(Petition aktiv bis 27.4.2016)**

Neun Ombudspersonen für Flüchtlinge Mindestanforde- rung: KÖLN.

Neun unabhängige Anlaufstellen für Beschwerden von Flüchtlingen, eine für jeden Stadtbezirk, und eine Koordinatorenstelle beantragten Die Linke, Piraten und Deine Freunde in der März-Ratssitzung. Mindestens fünf Ombudspersonen sollten Frauen sein. Die Gruppe sollte aus unterschiedlichen Herkunftsländern stammen und möglichst viele verschiedene Sprachkompetenzen mitbringen. Ausdrücklich unterstützt wurde diese Forderung vom Zusammenschluss der Willkommensinitiativen in Köln. Diese hatten sich mit einem Brief an die Fraktionen gewandt, in der sie ausdrücklich erklärten, eine Stelle reiche nicht aus. Die Vorlage wurde vom Rat in die nächste Sozialausschusssitzung verschoben. Dort droht die Gefahr, dass lediglich die Schmalspurvariante von Oberbürgermeisterin Reker beschlossen wird, die nur eine befristete Vollzeitstelle vorsieht. Bei dieser einen Ombudsperson sollen sich dann auch nicht nur die rund 12 000 Geflüchteten über Ihre Unterbringung und Betreuung beschweren können, sondern auch andere Personen. Denkbar wäre, dass sich die Ombudsperson dadurch auch noch mit Beschwerden der Anwohner/-innen beschäftigen muss. Eine effektive Arbeit, die die Interessen der Geflüchteten wirksam schützt, ist so kaum vorstellbar. Ende dieses Jahres werden 20 000 Geflüchtete in Köln in 40 bis 50 Turnhallen leben. Die Verweildauer in den Notunterkünften steigt rasant. Aus anfänglich vorgesehenen drei Monaten werden leicht ein Jahr, zwei Jahre, drei Jahre werden. Die Qualität der Unterbringung wird sich also weiter verschlechtern, die Beschwerden zunehmen. Deshalb brauchen wir ein unabhängiges Beschwerdemanagement für Geflüchtete umso dringender! Wir brauchen Personen, die mit den Geflüchteten sprechen, Hinweise und Beschwerden annehmen und dafür sorgen, dass die Missstände abgestellt werden. Die eine unzureichende Stelle dann auch noch zu befristen und die Fortführung bereits bei Einführung in Frage zu stellen – wie das in der Beschlussvorlage von Frau Reker getan wird –, wird der Wirklichkeit in Köln überhaupt nicht gerecht. www.linksfraktion-koeln.de

Stromnetzbeirat droht zu Alibi-Beiwerk zu werden: HAMBURG. In der Sitzung am Donnerstag hat der Senat der Bürgerschaft die Drucksache zur Einrichtung eines politischen Stromnetzbeirats vorgelegt (Drs. 21/3581). Der Beschluss dazu wurde bereits im letzten Jahr gefasst – nun folgte die Bekanntgabe der Modalitäten. Stephan Jersch, umweltpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft begrüßt diesen Schritt grund-

sätzlich: „Das ist mehr als wir bisher haben und deshalb ein Fortschritt. Dem Anspruch aus dem Volksentscheid zur Rekommunalisierung der Energienetze und einer demokratischen Kontrolle der Energiewende werde „dieser halbherzige Schritt“ jedoch nicht gerecht.“ Der Stromnetzbeirat wird nach Maßgabe des Senats nämlich lediglich Erfahrungen einbringen, vermitteln, beraten, unterstützen – entscheiden aber wird er nichts. Dazu Jersch: „Der Senat hat bei der Einrichtung des Beirats erneut darauf verzichtet, partizipative Instrumente zu verwirklichen. Der Beirat droht damit zu einem reinen Alibi-Beiwerk zu werden. Eine ehrlich gemeinte Energiewende hat durchsetzungsfähige Beteiligungsinstrumente verdient – das fehlt hier völlig!“ www.die-linke-hamburg.de

Offene Flanke nach rechts: CDU, FDP & Co. kooperieren mit AfD. BOCHUM. Die Fraktionen von CDU, FDP/Stadtgestaltern und UWG sowie das Ratsmitglied der Freien Bürger haben erstmals einen gemeinsamen Antrag zusammen mit der rassistischen AfD eingereicht. Eine Kooperation, die zu gemeinsamen inhaltlichen Anträgen mit der rechtspopulistischen Partei führt, gab es im Bochumer Rat bisher nicht. Im Herbst hatten in Bochum mehr als 500 Menschen gegen Rassismus und die Stammtisch-Hetze der AfD protestiert, und im Anschluss an die Veranstaltung drohte ein damaliges Vorstandsmitglied der AfD-Jugendorganisation noch einer jungen FDP-Anhängerin mit sexualisierter Gewalt. Unser Fraktionsvorsitzender Ralf-D. Lange kritisierte die Zusammenarbeit scharf ... Bereits im Oktober hatten wir darauf hingewiesen, dass Teile der Bochumer CDU offensichtlich ein Problem mit der Abgrenzung nach ganz rechts haben. Wir finden, dass die drei Fraktionen nun Stellung beziehen müssen, was sie mit der Kooperation bezwecken. Und wir fordern sie auf, ihre Strategie kritisch zu reflektieren, ihren Fehler einzuräumen und zukünftig nicht mehr mit der rechtspopulistischen Partei zu kooperieren. www.dielinke-bochum.de

Linke: Gerdes soll 700 Millionen Euro für mehr Wohnungsbau unterstützen. BOTTRUP. Am 17. März berät der Bundestag über einen Antrag der Linken (Aktenzeichen DRS. 18/3744), die soziale Wohnraumförderung auf 700 Millionen Euro jährlich anzuheben. „Wir gehen davon aus, dass sich der Bottroper Abgeordnete Michael Gerdes für den Antrag ausspricht, nachdem die hiesige SPD stärkere Anstrengungen im Wohnungsbau fordert“, sagt Niels Holger Schmidt, Sprecher der Linken im Rat der Stadt. Aus seiner Sicht ist der Bundestagsantrag gerade für Bottrop wichtig, um in unserer Stadt wieder mehr günstigen Wohnraum zu schaffen. „Die Leistungen der städtischen Bau-

gesellschaft ließen in dem Bereich sehr zu wünschen übrig“, sagt Schmidt und verweist darauf, dass diese ganze 63 Sozialwohnungen in den letzten zehn Jahren errichtet hat. Die Gesellschaft wird von einem Sozialdemokraten geführt: Aufsichtsratschef ist Thomas Göddertz, Vorsitzender der Rats-SPD. Der Antrag der Linken verlangt außerdem einen wirksamen Stopp der Miet- und Wohnkostensteigerung, öffentliches Wohneigentum vor Privatisierung zu schützen und ein Investitionsprogramm für ländliche Räume. „Wohnen ist laut Grundgesetz Menschenrecht. Es liegt in der Verantwortung der ganzen Gesellschaft, für bedarfsgerechten Wohnraum für alle zu sorgen. Daran sollte auch Gerdes denken und im Bundestag entsprechend handeln“, findet Schmidt. Die bisherigen Maßnahmen der großen Koalition im Bereich Wohnungsbau reichen aus Sicht der Linken weder aus, um den weiter fortschreitenden Miet- und Wohnkostenanstieg aufzuhalten, noch längerfristige Herausforderungen von Quartiers und Stadtentwicklung zu bewältigen. „Es geht um guten, bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen in unserer Stadt. Egal ob sie schon länger hier leben, oder neu zu uns kommen“, sagt Schmidt abschließend. <http://www.dielinke-bottrop.de>

Gelungene Integration nicht abreißen: FRANKFURT A.M. Seit November 2015 leben rund 200 Geflüchtete – meist Familien – in der Cordierstraße im Gallus. Die Wohnungen gehören der städtischen ABG Holding. Die ABG plant, die Wohnungen abzureißen. „Der Abriss der Wohnungen ist inakzeptabel, solange die Stadt keine gleichwertigen Alternativen für die Unterbringung der rund 200 Geflüchteten bereitstellt“, erklärt Eyup Yilmaz, Ortsbeirat der Linken im OBR 1 und neugewählter Stadtverordneter für Die Linke im Römer. In der Cordierstraße ist für die BewohnerInnen nach ihren dramatischen Erlebnissen wieder ein Stück Normalität eingekehrt. Viele der Kinder sind eingeschult oder gehen in den Kindergarten. Sozialdezernentin Daniela Birkenfeld merkte in der Plenarsitzung am 28. Januar 2016 selber an, dass sich die BewohnerInnen in der Cordierstraße „sehr wohl“ fühlen. Schloss aber nicht aus, dass sie sich „auf Wohnheime, Hotelzimmer, Container oder in Modulbauweise errichtete Unterkünfte einstellen müssen“. Hierzu Yilmaz: „Der aktuelle Zustand der Häuser erlaubt eine weitere Nutzung und ein familiäres Leben. Eine Räumung zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht notwendig, solange es keine angemessenen Alternativen gibt. Damit eine Fortsetzung der guten Integration weiterhin möglich ist, müssen die BewohnerInnen in den Wohnungen bleiben.“ www.dielinke-im-roemer.de

► **Die Stadt Essen erarbeitet ein Konzept zur Erweiterung der sozialen Infrastruktur:** ESSEN. Die Fraktion Die Linke in der Bezirksvertretung Essen-West hat in die letzte Sitzung der Bezirksvertretung einen Antrag zur Erarbeitung eines Konzeptes zum bedarfsgerechten Ausbau der sozialen Infrastruktur für den Bezirk III eingebracht. Dieser wurde angenommen. „Bereits heute zeigen sich durch den verstärkten Zuzug von Menschen, die Steigerung der Geburtenzahlen und die Neubaugebiete in einzelnen Stadtteilen des Bezirkes, Engpässe in der Versorgung mit Kindertagesstätten- und Grundschulplätzen. Gleiches lässt sich für die umfassende medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen, das Vorhandensein von Freizeiteinrichtungen, Familienberatungsstellen u.a. sagen. Um in den Stadtteilen ein sinnvolles Quartiersmanagement zu erreichen, bedarf aus unserer Sicht dringend eines Gesamtkonzeptes, an deren Erarbeitung die unterschiedlichen Bereiche der Verwaltung mitarbeiten. Deshalb forderten wir die Verwaltung auf darzulegen, wie ein Konzept für die Bereiche Bildung, Gesundheit und Soziales erarbeitet werden kann“, so Heike Kretschmer, Fraktionsvorsitzende der Linken in der BV III.

www.linksfraktion-essen.de

Ein Jahr Umwandlungsverordnung: BERLIN braucht wirksamen Milieuschutz. Die Sprecherin für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Katrin Lompscher, erklärt: Vor einem Jahr trat in Berlin endlich die Regelung in Kraft, mit der die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Milieuschutzgebieten unterbunden werden kann. Die Umwandlungsverordnung, konsequent angewandt, setzt dem lukrativen Geschäft Grenzen, Mietshäuser zu kaufen, in Eigentumswohnungen zu filetieren und Altmieterrinnen und -mieter zu verdrängen. Berlin braucht angesichts der rasanten Veränderungen durch Spekulation mit Wohnraum mehr Milieuschutzgebiete. Wir unterstützen deshalb ausdrücklich die Bestrebungen in Bezirken wie Mitte und Treptow-Köpenick, neue Milieuschutzgebiete auszuweisen und Mieterinnen und Mieter vor Verdrängung zu schützen. Ob die Umwandlungsverordnung in der jetzigen Form in diesem Sinne wirksam ist, wissen wir nicht. Die Linke fordert den Senat deshalb auf, mit den Bezirken das erste Jahr Verwaltungspraxis auszuwerten. Auch sind die Bezirke bei der Ausweisung neuer Milieuschutzgebiete personell und finanziell aktiver zu unterstützen. Der Senat ist außerdem gefordert, im Bundesrat aktiv zu werden, um den Milieuschutz zu verbessern. Geplante Umwandlungen von Mietwohnungen müssen auch dann abgelehnt werden können, wenn der Eigentümer sich zum Verkauf an Mieterinnen und

Mieter verpflichtet. Dies gilt ebenso für die Umwandlung von Gewerberäumen in hochwertigen Wohnraum (z.B. Lofts).

www.die-linke-berlin.de

Anfrage: Welche Standards gelten wirklich in Not-Aufnahmeinrichtungen der Regierung von Oberbayern und den Gemeinschaftsunterkünften der Stadt? MÜNCHEN. Die Not-Aufnahmeeinrichtung in der Tubeufstraße wird von der Regierung von Oberbayern betrieben und hat zu zahlreichen Beschwerden geführt. Insbesondere fehlten jegliche Aufenthaltsräume, kein Essensraum, keine Tische auf den Zimmern, fehlende Asylsozialberatung. Ein unwilliges Management machte es auch dem engagierten Helferkreis vor Ort schwer, Verbesserungen zu erreichen. Diese Einrichtung soll demnächst geschlossen werden, dennoch sind die Berichte aus dem Helferkreis ein Anlass, den Zuständen in der Münchner Flüchtlingsunterbringung nachzugehen. Deshalb fragen wir: Wie viele Flüchtlingsunterkünfte unterhält aktuell die Regierung von Oberbayern in München? Gibt es weitere Unterkünfte ohne Aufenthaltsräume und ohne Asylsozialberatung vor Ort? Liegen der Stadtverwaltung Beschwerden über die Betreiber bzw. Manager oder das Sicherheitspersonal der Unterkünfte vor? Wie viele Gemeinschaftsunterkünfte unterhält aktuell die Landeshauptstadt München? Gibt es auch hier Unterkünfte ohne Aufenthaltsräume und ohne Asylsozialberatung vor Ort? Liegen der Stadtverwaltung Beschwerden über die Betreiber bzw. Manager oder das Sicherheitspersonal der Unterkünfte vor? Haben sich für alle Flüchtlingsunterkünfte in der Stadt Helferkreise gebildet? Wer ist Ansprechpartner für die Anliegen und Vorschläge der Helferkreise? An wen können sie sich wenden, wenn Ihnen Mißstände in den Unterkünften bekannt werden? Gibt es eine zentrale Stelle bei der Stadt, die solche Beschwerden entgegen nimmt?

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Fraktion Freie Wähler & Die Linke gegründet: LÜBECK. Am Montag den 4. April 2016 gründete sich im Kommissarenzimmer des Rathauses die Bürgerschaftsfraktion „Freie Wähler & Die Linke“ aus den Bürgerschaftsmitgliedern Bruno Böhm (Freie Wähler) und Ragnar Lüttke (Die Linke). Bruno Böhm wurde zum Fraktionsvorsitzenden gewählt, Ragnar Lüttke zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Die Zusammenarbeit in einer Fraktion aus Freien Wählern und Linken ist nicht ganz neu. Im Kreistag von Sömmerda (Thüringen) gibt es bereits einen solchen Zusammenschluss.

www.die-linke-luebeck.de

(Zusammenstellung: ulj)

Transnationale Betriebsverein Gewerkschaftsbund EGB widmet sich seit läng (TCA) und führte ein Projekt durch, das zu Em

In den letzten Jahren gewannen TCAs für Gewerkschaften zunehmend an Bedeutung, womit sich auch Kontroversen ergaben. In einer globalisierten Wirtschaft können TCAs eine wichtige Rolle darin spielen, Arbeitnehmerrechte in transnationalen Unternehmen zu schützen. Zum Beispiel, indem sie eine einheitliche Betriebskultur für Sozialstandards fördern, die Lieferketten besser kontrollieren, spezifische Arbeitsschutz und Gesundheitsnormen einführen, grundlegende Arbeitnehmerrechte schützen oder Restrukturierungsmaßnahmen begleiten. Derzeit gibt es bereits mehr als 280 derartige Vereinbarungen, die sich einem weiten Themenspektrum widmen und faktisch eine neue Ebene der Tarifpolitik eröffnen.

Jedoch stellen sich auch Herausforderungen, da TBVs sich auf keiner Rechtsgrundlage befinden die mit nationaler Tarifpolitik vergleichbar wäre, weshalb die Durchsetzung einer Vereinbarung auf den guten Willen der Konzernleitung angewiesen ist. Obwohl die meisten TCAs von nationalen oder Europäischen Gewerkschaftsverbänden abgeschlossen werden kam es bereits des Öfteren dazu, dass sie von Europäischen Betriebsräten (EBR) direkt verhandelt wurden. Das kann unter Umständen nationale oder Branchentarifverträgen unterminieren.

Eine Untersuchung der tarifpolitischen Rechtsänderungen durch die

Europäische Bürgerinitiative „Fairer Transport“ – Bis zum 14.9.2016 werden

Der billigste Anbieter ist mitnichten auch der beste. Das gilt vor allem im Verkehrssektor. Wenn etwa bei der Vergabe öffentlicher Aufträge im Personenverkehr nur noch der Sparzwang regiert, bleiben Arbeitssicherheit und gute Arbeitsbedingungen auf der Strecke. Das ist ein Sicherheitsrisiko für alle Verkehrsteilnehmer. Eine Europäische Bürgerinitiative will das ändern.

Je besser Beschäftigte im Verkehrssektor ausgebildet sind und je besser ihre Arbeitsbedingungen sind, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit für Arbeits- und Verkehrsunfälle. Faire Arbeitsbedingungen im Verkehrssektor nutzen also allen Fahrgästen und Verkehrsteilnehmern.

Bis zum 14. September 2016 müssen für die Europäische Bürgerinitiative „Fairer Transport in Europa“ 1 000 000 Unterschriften zusammenkommen.

Jeder Fahrgast, der einen Bus, eine

barungen – Freiwilliger Rechtsrahmen – Der Europäische erem der Erkundung eines Rechtsrahmens für transnationale Betriebsvereinbarungen pfehlungen für einen freiwilligen Rechtsrahmen (OLF) für TCAs geführt hat

Eurofound Foundation in Dublin zeigt, dass Verhandlungen auf Betriebsebene bereits europaweit an Bedeutung gewonnen haben und die Europäische Kommission ihr Bestes tut, um Betriebsverhandlungen und TCAs zu fördern. Tendenziell geschieht dies unter dem Gesichtspunkt Branchentarifverträge auszuhebeln. Erfahrungen mit sogenannten „opt-outs“, in denen Arbeitgeber eigenmächtig von Tarifverträgen abweichen können, zeigen wie wichtig eine angemessene Rahmensetzung ist, um den Regulierungseffekt von tariflichen Vereinbarungen nicht zu unterminieren. Um dies zu gewährleisten, ist es in zahlreichen Ländern gängige Praxis, die Voraussetzungen für mögliche Ausnahmen und Abweichungen bereits im Tarifvertrag festzuhalten.

Gewerkschaften dürfen sich dieser Entwicklung nicht gänzlich verschließen und müssen sich, nicht zuletzt im Interesse internationaler Solidarität, mit transnationalen Unternehmen auseinandersetzen. In Anbetracht der allgemeinen Entwicklung ist es jedoch nötig zu überlegen, ob der EGB-Vorschlag für einen OLF die richtige Richtung weist, insbesondere mangels einer weitreichenden Strategie, um die Rolle transnationaler Tarifpolitik der Zukunft zu definieren.

Im Anbetracht der politischen Entscheidungen der Kommission in den letzten Jahren, wirft der Vorschlag des

EGB darüber hinaus, die Frage nach potentiellen Gefahren auf. Beispielsweise könnte die Initiative der Kommission einen Präzedenzfall für weitere Einmischungen in der Tarifpolitik verschaffen, wo ihr bisher die formellen Kompetenzen fehlen. Da der EGB-Vorschlag auf Freiwilligkeit basiert, besteht eine weitere Gefahr darin, dass die Kommission einen „schwachen“ freiwilligen Rechtsrahmen zum Modell für Tarifverhandlungen andernorts erklären könnte (z.B. als Bedingung für Finanzhilfe für Krisenländer).

Europäische Gewerkschaftsbünde können eine wichtige Rolle darin spielen sicherzustellen, dass TCA-Verhandlungen den Arbeitnehmern Vorteile verschaffen und verhindern, dass sie andere Tarifebenen untergraben. Problematisch ist auch, eine große Anzahl von Verhandlungen zu betreuen und die Einhaltung von Vereinbarungen zu überwachen. Welche Rolle spielen dabei künftig die betrieblichen Interessenvertretungen? EBG und Europäische Gewerkschaftsbünde sollten sich einer offenen Debatte mit nationalen Gewerkschaften stellen, um die Zukunft der transnationalen Tarifpolitik zu gestalten und um den Vorschlag für einen OLF darauf hin zu prüfen, ob dieser einer solchen Entwicklung förderlich ist oder diese einschränkt.

Stephen Schindler

Massenprotest der Stahlko-
cher. Zeit, 11.4.2016. In der
Stahlkrise haben deutschland-
weit mehr als 40 000 Beschäftigte
für eine Zukunft ihrer Arbeitsplätze
demonstriert. „Geht der europäische
Stahl den Bach runter, dann sind Mil-
lionen von Arbeitsplätzen in Europa
in Gefahr“, sagte IG Metall-Chef Jörg
Hofmann vor rund 16 000 Demonst-
ranten bei einer Kundgebung vor den
Toren des größten deutschen Stahl-
konzerns Thyssenkrupp in Duisburg.
Die Teilnehmer forderten von der
EU einen besseren Schutz vor Billig-
Importen aus China und warnten vor
weiteren Belastungen durch neue Kli-
ma- und Energieauflagen. „Auf jeden
der 85 000 Stahlarbeitsplätze kommen
über sechseinhalb Beschäftigte in den
Abnehmerbranchen, die davon abhän-
gen“, sagte der IG Metall-Chef. „Des-
halb darf diese industrielle Kraft in
Deutschland nicht aufs Spiel gesetzt
werden.“ Sobald ein Hochofen stillge-
legt sei, seien Arbeitsplätze auf Dauer
vernichtet. Nach Arbeitgeberangaben
zählt die Branche in Deutschland rund
86 000 Beschäftigte.

IG Metall schmettert Tarif-Angebot ab.

Die Welt, 11.4.2016. In der Metall- und
Elektroindustrie sieht es immer mehr
nach Warnstreiks aus. In der Tarifrunde
der Metall- und Elektroindustrie ha-
ben die Arbeitgeber der Gewerkschaft
IG Metall ein erstes Angebot unterbrei-
tet. Die Arbeitgeberseite sei bereit, ins-
gesamt 1,2 Prozent mehr Lohn zu zah-
len, teilte der Arbeitgeberverband Ge-
samtmetall mit. Das bei den Tarifver-
handlungen in Nordrhein-Westfalen
vorgelegte Angebot setze sich aus einer
Erhöhung der Entgelte um 0,9 Prozent
und einer Einmalzahlung zusammen.
„Natürlich liegt das Angebot deutlich
unter dem, was die IG Metall gefordert
hat, und vielleicht auch unter dem, was
sich viele Mitarbeiter wünschen wür-
den“, erklärte Gesamtmetall-Präsident
Rainer Dulger. Die Differenz liege aber
nicht an den Arbeitgebern, sondern da-
ran, dass die IG Metall ihre Forderung
nicht an der „wirtschaftlichen Realität“
orientiert habe. Die IG Metall, die
in der Tarifrunde fünf Prozent mehr
Lohn fordert, bezeichnete das Angebot
als „bar jeglicher gesamtwirtschaftli-
cher Vernunft“ ... Die Gewerkschaft
unterbrach die Verhandlungen vor-
übergehend.

Drei von fünf deutschen Banken wollen

Jobsstreichen. Spiegel-online, 8.4.2016.
Trübe Stimmung bei Deutschlands
Banken: Fast die Hälfte der Institute
rechnen laut einer Umfrage in diesem
Jahr mit schlechteren Geschäften, 61
Prozent erwartet Stellenabbau im ei-
genen Haus.

Zusammenstellung: Thorsten Jannoff

„Fairer Transport in Europa“ – Warum die Bürgerinitiative für fairen Transport europaweit eine Million Unterschriften gesammelt – www.fairtransporteurope.de

Straßenbahn oder einen Zug besteigt, tut das in dem Vertrauen, dass der Fahrer oder die Fahrerin nach hohen Standards professionell ausgebildet ist, ausgeruht die Fahrt antritt und der Arbeitgeber alle Arbeitsbedingungen ermöglicht, die eine sichere Fahrt gewährleisten. Das ist der Idealfall. Doch das Vergaberecht bei öffentlichen Transportaufträgen oder im Personenverkehr sieht in Europa vielerorts anders aus: Wo allein der Preis bestimmt und der billigste Anbieter den Zuschlag erhält, bleiben gute Ausbildung, gute Arbeitsbedingungen und damit teilweise auch die Verkehrssicherheit auf der Strecke.

Arbeitszeiten sind der Schlüssel. Wer aus Kostengründen an den Arbeitszeiten, Fahr- und Ruhezeiten von Busfahrerinnen, Eisenbahnern, Seeleuten, LKW-Fahrern oder Paketzustellerinnen schraubt, öffnet „ein Einfallstor für schlechte Arbeitsbedingungen und ein Risiko für alle anderen Verkehrs-

teilnehmer“, sagen die Initiatoren der Europäischen Bürgerinitiative „Fairer Transport in Europa“. Ihr Argument: „Nur ausgeruhte und gut ausgebildete Fachkräfte sind sicher unterwegs.“ Die Gewerkschaften Verdi und EVG sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund unterstützen die Bürgerinitiative.

Die Europäische Bürgerinitiative „Fairer Transport in Europa“ fordert unter anderem, • dass die EU-Entsenderichtlinie im gesamten Verkehrssektor durchgesetzt wird. Das würde verhindern, dass über den Umweg einer Briefkastenfirma mit Sitz in einem Land mit niedrigeren Arbeitsstandards, diese schlechteren Arbeitsstandards auch in andere Länder „einsickern“ können • dass bei öffentlichen Ausschreibungen der Wettbewerb von Anbietern nicht über die jeweils niedrigsten Löhne stattfinden muss • dass Arbeitszeiten und vor allem Fahrt-, Ruhe- und Pausenzeiten von Berufsfahrerinnen und Berufsfahrern strikt kontrolliert und eingehalten werden.(...)

Im Mai wird in Großbritannien über den Verbleib in der EU abgestimmt. Die wirtschaftliche Situation Griechenlands spitzt sich neuerlich zu. In den Niederlanden greift ein von rechts inszenierter Volksentscheid in die EU-Politik ein. Mit der Regierung Polens entwickelt sich ein Wertekonflikt ... Die Parteien und Strömungen links der Sozialdemokratie sind in diesen Konflikten reglos. Sie kommen aus einer Tradition der Ablehnung der Union Europas und haben sich, wenn überhaupt, erst unter dem Druck der Verhältnisse mit der EU als Tatbestand abgefunden, die EU als Arena des politischen Kampfes Emanzipation und Solidarität kommt so nicht in den Blick. Die Korrektur dieses Defizits wird mühsam, denn sie muss die ganze Gründungsgeschichte aufgreifen und sie muss an der politischen Basis geführt werden. Es ist schön, dass sich gerade im Saarland das Forum Demokratischer Sozialisten (FDS) auf so ausführliche Weise auf diese Arbeit einlässt. – Der Autor des folgenden Textes, Walter Kappmeier, Die Linke Saarland, arbeitet mit im Gesprächskreis Parteien und Bewegungen der Rosa Luxemburg-Stiftung. Wir danken für die Genehmigung zum Abdruck.

Die Linke und die EU

Anlass dieses Vortrages war eine Diskussion innerhalb der saarländischen Linken über die Beteiligung an einer Demonstration für das Schengen-Abkommen. Diese Diskussion wie schon vorher die Auseinandersetzungen über das Europa-Wahlprogramm auf dem Hamburger Parteitag 2014 machten deutlich, dass zu diesem Thema ein erheblicher Klärungsbedarf besteht.

Dies ist sicherlich einerseits darauf zurückzuführen, dass sich die europäische Staatengemeinschaft wieder einmal in einer schweren Krise befindet, und dieses Mal wahrscheinlich in ihrer schwersten Existenzkrise seit ihrer Gründung in den 50er Jahren.

Zum zweiten liegt dieser innerparteiliche Klärungsbedarf auch darin begründet, dass unsere Partei bisher kein einheitliches, von allen getragenes Europabild entwickelt hat, da weder die Außenpolitik noch Europa im zentralen Fokus der innerparteilichen Diskussion standen – auch nicht im Europa-Wahlkampf, der auf Sparflamme lief, wenn er nicht sogar durch die Konzentration auf den gleichzeitigen Kommunalwahlkampf restlos ausgeblendet wurde.

Die europäischen Probleme werden jedoch zunehmend so gravierend, dass unsere Partei ihnen nicht mehr ausweichen kann wie etwa in der Flüchtlingsfrage, der Nahost-Politik oder in der Finanz- und der Griechenland-Krise, die überwölbt werden von der Auseinandersetzung mit der neoliberalen Ideologie, die seit ca. 20 Jahren die europäischen Gremien dominiert.

Zudem erwarten unsere potentiellen Bündnispartner einer gemeinsamen Regierungspolitik – Sozialdemokraten und Grüne – von uns eine Klärung unserer Haltung zur europäischen Integration.

Die Lösung sehen einige Linke in der Renationalisierung, als könne es einen Reset auf Null geben: – keine weiteren Übertragungen von Rechten auf die europäische Ebene, als könne allein schon dadurch der Neoliberalismus besiegt werden; – oder der Ausstieg aus dem Euro als Mittel gegen die neoliberale Erpressungspolitik durch Merkel oder Schäuble, als sei dadurch bereits die Macht der Banken erledigt, oder – schließlich Neugründung der EU, als könnte die Linke in 28 europäischen Staaten ein neues politisches System durchsetzen, wo es nicht einmal in einem reicht. Dass diese Politik schnell in Nationalismus umschlagen könnte, wird geflissentlich übersehen oder mit oberflächlichen Bemerkungen abgetan.

Es ist dem Forum demokratischer Sozialismus gelungen, den europafeindlichen Wahlprogrammentwurf des damaligen Parteivorstandes durch ein mehr europabefähigendes Programm zu ersetzen und eine Mehrheit auf dem Europa-Wahlparteitag 2014 für die Zustimmung zur europäischen Verfassung zu finden. Maßgeblich beteiligt an dieser Veränderung waren unsere fds-Vorsitzenden Luise Neuhaus-Wartenberg, Stefan Liebich und Dominic Heilig, u. a. auch unser saarländischer Genosse Hans-Kurt Hill.

Allerdings tut eine Diskussion über die Leistungen der EU not. Diese müsste die Richtung angeben, wie und in welcher Weise die EU mit Hilfe linker Kräfte weiterentwickelt werden sollte nach dem Wort Max Webers „Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“.

Die Leistungen der EU not. Diese müsste die Richtung angeben, wie und in welcher Weise die EU mit Hilfe linker Kräfte weiterentwickelt werden sollte nach dem Wort Max Webers „Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“.

Die Anfänge

Damit stellt sich die Frage, ob der europäische Einigungsgedanke Potentiale enthält, die linker Friedens- und Sozialpolitik nutzbar gemacht werden könnten. Dazu ist jedoch ein Blick auf die ursprüngliche Zielsetzung der europäischen Integrationspolitik notwendig.

Ziel der europäischen Integration nach dem 2. Weltkrieg war, das in Europa bei weitem überlegene deutsche Aggressionspotential zu bändigen, zu kontrollieren und dadurch den Frieden

in Europa zu sichern. Dieses manifestierte sich in der deutschen Industrie und in der Bevölkerungszahl. Es hatte in den 100 Jahren vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges fünf europäische Kriege entfesselt: 1864 den deutsch-dänischen Krieg, 1866 den Krieg Preußens gegen Österreich, 1870 den deutsch-französischen Krieg, 1914 den Ersten Weltkrieg, der zumindest im Urteil unserer Nachbarn durch die aggressive deutsche Außenpolitik ausgelöst wurde, und schließlich den durch Nazi-Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg. Ursache dieser aggressiven Außenpolitik waren vor allem innenpolitische Konflikte, die wegen der fehlenden demokratischen Entwicklung in Deutschland nicht gelöst werden konnten und sich daher in der Flucht in eine imperialistische Außenpolitik einen Ausweg suchten.

Die Bindung an die anderen europäischen Mächte sollte das industrielle und politische Aggressionspotential Deutschlands kontrollieren und der demokratischen Entwicklung Rückhalt geben.

Schließlich zeigte sich, dass angesichts der Übermacht der beiden Supermächte SU und USA die europäischen Nationen nur noch geringe Chancen hatten, als Einzelne ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen wahrzunehmen. Das Zusammenrücken der westeuropäischen Staaten gegenüber den USA war daher eine Konsequenz. (Auch die DDR versuchte, sich gegenüber der SU zu behaupten, jedoch war ihr Spielraum im östlichen Bündnis wesentlich geringer als der der BRD im westlichen.)

Vorrangig war die Friedenspolitik, die Bildung eines einigen friedlichen und – nach der Katastrophe des Faschismus – demokratischen Europas, eine Idee, die weit in der europäischen Geschichte zurückreicht.

Ich möchte hier nicht die Entwicklung der europäischen Idee vor 1933 referieren, sondern mit der für uns relevanten Entwicklung nach 1945 beginnen.

Allerdings ist es mir wichtig, die Zeitschrift Willi Münzenbergs „Die Zukunft – Organ der Deutsch-Französischen Union“ aus den Jahren 1939/40 zu erwähnen; Willi Münzenberg war ein prominenter deutscher kommunistischer Journalist der Weimarer Republik, Organisator der kommunistischen internationalen Presseorgane und Spanienkämpfer; er wollte im Krieg mit seiner Zeitschrift für Europa neue Vorstellungen von Demokratie und Sozialismus entwickeln; ebenso erwähnenswert ist das Manifest von Ventotene während des 2. Weltkrieges 1941 „Für ein freies und einiges Europa. Projekt eines Manifests“ von Altiero Spinelli, Ernesto Rossi und Eugenio Colorni, die eine Skizze eines eu-

ropäischen Bundesstaates entwarfen mit sozialistischen Wirtschaftsregeln und der Abschaffung der Nationalstaaten, da sie diese für die Entfesselung des Krieges verantwortlich machten. Alle vier waren Mitglieder der KP und sozialistische Verfechter der europäischen Einigung. Im Manifest enthalten war auch ein Aufsatz von Spinelli „Die Vereinigten Staaten von Europa“, der ein wesentlich glaubwürdigerer Vertreter des europäischen Gedankens ist als Winston Churchill, dem die zeitgeschichtliche Propagierung dieses Begriffes zugeschrieben wird.

Frankreich

Entscheidend für die Einigung Europas nach 1945 wurde das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland.

Am 15. April 1945 erschien in einer großen französischen Tageszeitung ein Aufsatz von Francois Mauriac mit dem Titel „Es gilt, Europa zu retten“, in dem er zur Aussöhnung mit Deutschland zur Rettung einer gemeinsamen europäischen Kultur aufrief. Bemerkenswert an diesem Artikel sind das Datum und der Autor.

Am 15. April 1945 lebte Hitler noch, es wurde noch gekämpft, die deutsche Wehrmacht kapitulierte erst am 8. Mai. Francois Mauriac war ein bekannter konservativ-katholischer französischer Schriftsteller. Nach der Niederlage Frankreichs 1940 war sein Sohn als Sekretär de Gaulles nach England emigriert, er selbst schloss sich der Resistance an. Er publizierte während der Besatzungszeit zahlreiche Aufsätze in Tageszeitungen zu kulturellen Themen, die daher den Zensoren nicht auffielen, die Franzosen jedoch zwischen den Zeilen deutlich zum Durchhalten und Widerstand aufforderten. Er wurde daher während des Krieges zu einer Institution und Ikone des Widerstandes. Sein Aufsatz im April 1945 signalisierte ein Umdenken des französischen Bildungsbürgertums im Verhältnis zu Deutschland.

Dieser Ruf nach Rettung der gemeinsamen europäischen Kultur und der gemeinsamen europäischen Werte, getragen vom Wunsch nach einem Ausgleich mit Deutschland, wurde aufgenommen durch heimkehrende ehemalige KZ-Häftlinge. Diese hatten in deutschen KZs mit ihren inhaftierten deutschen Gesinnungsgenossen diskutiert, wie die Wiederholung einer derartigen Katastrophe verhindert werden könne und als Voraussetzung dafür die Aussöhnung Frankreichs mit einem demokratischen Deutschland gesehen. Dieser Bewegung schlossen sich in Frankreich Gewerkschaftler und Sozialisten auf der einen, die katholische Kirche und ihr nahestehende Politiker auf der anderen Seite an, die in einer Erneuerung der europäischen Werte des Humanismus und des Friedens ein

Bollwerk gegen den Faschismus sahen.

Diese Reaktion ist gerade für Frankreich bemerkenswert, da die französische Nation nach der Niederlage von 1940 aus dem Geist des Nationalismus heraus den deutschen Faschismus überwunden hatte und sich zu Recht zu den Siegermächten zählen durfte.

Der nationale Gedanke war in Deutschland nach der Niederlage des Faschismus mit seinen ungeheuren Verbrechen, und nach der Besetzung und Zerstückelung seines Territoriums sowohl moralisch als auch politisch total gescheitert. Hier begann die Europa-Bewegung als eine Art Nationalismusersatz. Das Abendland als kulturelle und politische Größe und Ersatz für die zerstörte Nation. Ein vereintes Europa als Ziel der deutschen Außenpolitik wurde 1949 im GG festgeschrieben.

Jugendliche und junge Soldaten aus beiden Ländern forderten „nie wieder Krieg und die Aussöhnung über den Gräbern“ und zersägten 1949 demonstrativ nach der Gründung des Europarates, auf den ich hier nicht näher eingehen will, die Schlagbäume an den Grenzstationen.

Die offizielle Politik Frankreichs sah jedoch zunächst anders aus: Im Vordergrund stand das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs gegenüber dem wirtschaftlichen und demographischen Potential Deutschlands. Ziel der französischen Außenpolitik war daher die dauerhafte Zerstückelung Deutschlands. Francois Mauriac brachte dies auf den Punkt: „Ich liebe Deutschland so sehr, ich kann gar nicht genug Deutschlands haben.“ Während die SU, die ihre eigenen Ziele verfolgte, an der Einheit Deutschlands festhielt, betrieb Frankreich vor allem aus sicherheitspolitischen Gründen seine dauerhafte Teilung.

Eine Änderung der französischen Außenpolitik wurde durch die USA und England sowie den Beginn des Kalten Krieges erzwungen: Da die Briten nicht in der Lage waren, ihre Besatzungszone zu ernähren, schlossen sie sich mit der amerikanischen 1947 zur Bizone zusammen. Die Amerikaner sahen nur in einer Wiederherstellung zumindest des westdeutschen Wirtschaftsraums eine Entlastung des amerikanischen und britischen Steuerzahlers zur Ernährung der Deutschen, übten Druck auf Frankreich zur Gründung einer Trizone aus und stellten dafür Marshall-Plan-Gelder in Aussicht.

Der Brüsseler Vertrag/ die WEU

Die französischen Sicherheitsbedenken sollte ein Militärbündnis mit England 1947 ausräumen, der Dünkirkener Vertrag, der 1948 nach Beitritt der Benelux-Länder in den Brüsseler Vertrag übergang. Nach dem Beitritt der Bundesrepublik 1955 avancierte

er zur Westeuropäischen Union, dem Verteidigungsbündnis der EU, das bis 2011 gültig war und ab 2009 durch den Vertrag von Lissabon ersetzt wurde. Da der Vertrag keinen potentiellen Aggressor benannte, war er 1947/48 zunächst gegen ein mögliches Wiedererstarken Deutschlands, ab 1955 gegen die SU gerichtet bis zu ihrer Auflösung 1991, danach verstand er sich als reines Verteidigungsbündnis ohne einen konkreten potentiellen Gegner.

1947 misstrauten die Franzosen allerdings einem Militärbündnis mit den Briten, da diese ihnen – aus französischer Sicht – 1940 zu spät, zu zaghaft und mit zu wenigen Truppen zu Hilfe geeilt waren. Sie machten daher die Briten für die französische Niederlage von 1940 mitverantwortlich. Der Brüsseler Vertrag, den ich hier zitieren möchte, sah daher in Artikel IV vor: „Sollte einer der Hohen Vertragsschließenden Teile Ziel eines bewaffneten Angriffs in Europa werden, so werden ihm die anderen Hohen Vertragsschließenden Teile im Einklang mit den Bestimmungen des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen alle in ihrer Macht stehende militärische und sonstige Hilfe und Unterstützung leisten.“

Der bis 2011 gültige Brüsseler Vertrag sah daher einen Automatismus vor, der alle Waffengattungen umfasste und nach Auffassung aller französischen Staatspräsidenten auch die Force de Frappe einschloss.

Ein derartiger Automatismus ist im Nato-Vertrag auf amerikanischen Wunsch nicht vorgesehen, wo es für den Fall eines Angriffs heißt, dass jede Vertragspartei die Maßnahmen ... trifft, „die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit ... wiederherzustellen.“ Der Nato-Vertrag sieht also gerade keinen Automatismus vor, wie ihn die Europäer wünschten, die USA aber ablehnten, sondern lässt den nationalen Parlamenten genügend Entscheidungsspielraum, zu definieren, was ein Angriff ist und was als erforderlich zu seiner Abwehr erachtet wird. Darüber hinaus bestimmt der Nato-Vertrag ausdrücklich, dass keine Bündnisverpflichtung gegen die jeweilige Verfassung verstoßen darf. Darauf hat das Bundesverwaltungsgericht 2005 aus Anlass des Irak-Krieges noch einmal ausdrücklich hingewiesen. Keine Bündnisverpflichtung entlastet damit die Bundesregierung für ihre Entscheidungen.

Der Vertrag von Lissabon 2007/2009 ist hier nicht eindeutig, ich habe zumindest keine klare Interpretation der Bündnisverpflichtungen gefunden. Im Artikel 42.7 heißt es für den Fall eines Angriffs, dass die anderen Mitgliedsstaaten dem Angegriffenen alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung schulden, jedoch unter Berücksichtigung der besonderen

Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Mitgliedsstaaten. Unklar bleibt, was unter einem Angriff und der besonderen Sicherheitspolitik zu verstehen ist. Da der Vertrag von Lissabon vom Vorrang des Nato-Vertrages ausgeht, gilt für den Bündnisfall das Recht der nationalen Regierungen und Parlamente auf freie Prüfung und Entscheidung. Das BVerG geht nicht von einem Automatismus aus, sondern spricht von einem Beurteilungsspielraum.

EGKS EVG EWG

1948 zeichnete sich mit der Bildung der Trizone und der anschließenden Gründung der Bundesrepublik Deutschland ein Scheitern der französischen Sicherheitspolitik ab, die auf eine dauerhafte Zerstückelung Deutschlands abzielte. Zwar betrieb die französische Regierung unter de Gaulle noch 1949 mit Erfolg die Einrichtung der Ruhrbehörde, die das Ruhrgebiet und seine Schwerindustrie unter die Aufsicht der Westmächte stellte – die SU blieb ausgeschlossen, da das Ruhrgebiet in der britischen Zone, also in der Trizone bzw. dem Gebiet der Bundesrepublik lag, und wahrscheinlich auch mit Blick auf den Kalten Krieg –, jedoch war der neuen französischen Regierung mit ihrem Außenminister Robert Schuman klar, dass dies keine dauerhafte Regelung sein konnte, da die Bundesregierung ihren Verteidigungsbeitrag von der Wiedergewinnung der Souveränität abhängig machen würde. Neues Ziel der französischen Außenpolitik war nicht mehr die Sicherheit Frankreichs gegen Deutschland, sondern seine Sicherheit vor Deutschland mit Deutschland.

Drängend war 1949 die Zukunft der Ruhrbehörde.

Am 9. 5. 1950 schlug der französische Außenminister Robert Schuman einen von Jean Monet entwickelten Plan vor, die Kohle- und Stahlindustrie Frankreichs und der BRD einer gemeinsamen Kontrolle zu unterwerfen und andere Länder zum Beitritt einzuladen. Dies bedeutete die Ausdehnung der Kompetenzen der Ruhrbehörde auf ganz Europa, die indirekte Kontrolle der französischen Wirtschaft, der Siegermacht des 2. Weltkrieges, durch den Besiegten – allerdings mit dem Gewinn einer dauerhaften Kontrolle des deutschen Aggressionspotentials durch Frankreich. Voraussetzung war die Beteiligung anderer europäischer Staaten und Mehrheitsabstimmungen in allen Gremien, sodass Deutschland im Konfliktfall von seinen Nachbarn überstimmt und kontrolliert werden konnte. Die Benelux-Staaten und Italien beteiligten sich, England lehnte ab, da es sich auf seiner Insel sicher fühlte und dies eine Angelegenheit des Kontinents sei.

Die Bildung der EGKS – Europäische

Gemeinschaft für Kohle und Stahl – 1952 war für alle beteiligten Staaten eine Win-Win-Situation: Die Diskriminierung Deutschlands durch den Sonderstatus des Ruhrgebietes wurde beendet, die Sicherheit der Nachbarn vor Deutschland dauerhaft gewährleistet. Darüber hinaus strebte die Gemeinschaft die Bildung eines gemeinsamen Marktes für die Montanindustrie an, um Beschäftigung, Produktivität und den Lebensstandard zu steigern.

Der Vorschlag Frankreichs, diese Methode auch auf die Verteidigungspolitik auszudehnen und den deutschen Militärbeitrag unter gesamteuropäische Kontrolle durch die Bildung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu stellen, scheiterte 1953 in der französischen Nationalversammlung: die radikale Linke sah in der EVG nicht zu Unrecht ein Instrument des Kalten Krieges gegen die SU; für die Rechte war es unvorstellbar, dass acht Jahre nach dem Sieg Frankreichs über Hitlerdeutschland deutsche Offiziere französische Soldaten kommandieren sollten; der Mitte um den Regierungschef Mendes-France bot die SU bei Verzicht auf die EVG ihre Vermittlung im Indochina-Krieg an.

Die EVG scheiterte jedoch nicht nur an der Tagespolitik: Die Verteidigungspolitik ist ein Kernbereich der nationalen Souveränität mit hohem symbolischem Wert, ihre Integration hätte zur unmittelbaren Integration der Außenpolitik geführt. Dazu waren die europäischen Staaten 1953 nicht in der Lage.

Diese Entscheidung wurde bis heute nicht korrigiert: Die Bundeswehr wurde 1955 in Nato und WEU integriert und damit kontrolliert. Als Ziel der Nato formulierte ein amerikanischer Politikwissenschaftler kurz und bündig: „To keep the Americans in, to keep the Russians out, to keep the Germans down.“

Die europäische Integrationspolitik geriet nach dem Scheitern der EVG in eine Krise; die Absage der Saarländer an das europäische Saarstatut wurde auf europäischer Ebene kaum zur Kenntnis genommen; eher gab es Erleichterung, dass die lästige, das deutsch-französische Verhältnis belastende Saarfrage nun vom Tisch war.

Für die Gründung der EWG und EURATOM 1957 waren verschiedene Motive maßgebend: Zum einen der ungebrochene Wille der Kontinentaleuropäer, in Europa eine dauerhafte Friedensordnung zu installieren, die Konflikte regeln und Kriege unmöglich machen sollte. Zum zweiten die Furcht vor der erdrückenden Macht der beiden Supermächte: Antikommunismus und Furcht vor einer sowjetischen Expansion ließ die Westeuropäer zusammenrücken, ein Motiv, das vor allem die westdeutsche Politik dominierte;

aber auch die USA wurden von den Europäern mehr und mehr kritisch gesehen, die sich zunehmend von den USA instrumentalisiert sahen, ohne dass sich dies wie in den folgenden 60er Jahren schon in direktem Antiamerikanismus niederschlug. Zum Dritten expandierte die europäische Wirtschaft aufgrund der Marshallplangelder und des Korea-Krieges, so dass die innereuropäischen Grenzen mit ihren Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen zunehmend als störend empfunden wurden. Nach wie vor sah vor allem die deutsche Politik in einer engen Bindung an die Westmächte einen wirksamen Schutz gegen die Rückkehr des Faschismus. Noch in der Ratifizierungsdebatte um den Maastricht-Vertrag 1992 wurde parteiübergreifend im Bundestag dieses Argument vorgetragen.

Träger dieser Westbindung waren in Deutschland vor allem die Regierungspartei CDU/CSU, mit Abstrichen auch die FDP, die Verbände der Wirtschaft sowie die katholische Kirche, während SPD, Teile der FDP und die evangelische Kirche dieser Politik ablehnend gegenüberstanden, da sie in ihr eine Belastung für die deutsche Einheit sahen. Auch die Gewerkschaften sahen sie skeptisch, da sie befürchteten, dass vor allem die internationalen Konzerne von der europäischen Einigung profitieren würden, während die Arbeitnehmer die Kosten zu tragen hätten. Diese Skepsis ist bei den Gewerkschaften bis heute festzustellen. Die SPD schwenkte ab Mitte der 50er Jahre auf die europäische Integrationspolitik ein, als sich die Hoffnungen auf eine kurzfristige Wiederherstellung der deutschen Einheit nach dem Beitritt der BRD zur Nato zerschlagen hatten.

Bei der Gründung von EWG und Euratom suchten die Europäer die bisherigen Erfahrungen zu berücksichtigen: Größte Hoffnungen setzten sie auf Euratom, da es auf diesem Gebiet bisher kaum störende nationale Strukturen gab, der Atomindustrie aber die Zukunft zu gehören schien, so dass Europa mit der wirtschaftlichen Entwicklung automatisch in die Integration hineinwachsen würde. Diese Hoffnungen haben sich bekanntlich nicht erfüllt.

Die Wirtschaft gehörte nicht zu den zentralen nationalen Symbolen wie die Armee, andererseits ergaben sich hier nach den Erfahrungen mit der EGKS am ehesten Win-Win-Situationen. Dazu setzten die Europäer auf die Macht der Wirtschaft, die am ehesten von der Integration profitieren würde, sie daher vorantreiben und ihr Scheitern verhindern würde. Durch den gemeinsamen Markt würde der Lebensstandard in Europa steigen, die Wirtschaft würde sich durch Konzentration gegenüber der amerikanischen Konkurrenz besser auf dem Weltmarkt

behaupten können.

Die Integration der Wirtschaftspolitik, bei der in den ersten zehn Jahren jeder der beteiligten sechs Staaten über ein Vetorecht verfügte, sollte die Integration weiterer Politikbereiche erzwingen, ohne dass dies ausdrücklich wegen mangelnden Konsenses in den Gründungsverträgen festgehalten werden konnte. Die erreichte Integration mit all ihren Vorteilen für alle Mitglieder konnte nur durch eine automatische Ausdehnung der Integration auf weitere Bereiche wie Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und Zusammenarbeit von Polizei und Justiz ausgedehnt und gesichert werden. Die Politikwissenschaft spricht hier von einem Spill-Over-Effect, einem Überlappeneffekt, bei dem etwa die integrierte Außenwirtschaftspolitik faktisch eine Koordination der Außenpolitik erzwingt, ohne dass dies formal geregelt werden musste und angesichts der Interessenskonflikte auch nicht geregelt werden konnte.

Als Vorbild für den Einigungsprozess galt die deutsche Einheitsbewegung im 19. Jhd., als die wirtschaftliche Entwicklung der politischen voranging, allerdings in der Hoffnung, die europäische Einigung werde sich anders als die deutsche friedlich ergeben.

Ausgeklammert blieb die Zukunftsvorstellung über die Struktur des vereinten Europas. Während europäische Verbände Spinellis Wort von den Vereinigten Staaten von Europa aufnahmen, sich dabei aber meistens auf Churchill bezogen, hüteten sich die Politiker, ihre Zukunftsvorstellungen konkret werden zu lassen, da es über das Verhältnis von Nationalstaat und europäischer Ebene keine übereinstimmenden Vorstellungen gab.

Auch die Sozialpolitik blieb neben der Außen- und Sicherheitspolitik ausgeklammert, weil Deutschland und Frankreich unterschiedliche Sozialsysteme entwickelt hatten, die sie nicht aufzugeben bereit waren. Sie befürchteten bei einer Vereinheitlichung Verschlechterungen für ihre Arbeitnehmer. Die gemeinsame Sozialpolitik ist trotz ihrer Berücksichtigung in den späteren Verträgen etwa in der Wettbewerbspolitik und in der Freizügigkeit der Arbeitnehmer nach wie vor völlig unterentwickelt, ein permanentes Desiderat linker EU-Politik.

EU-Erweiterung

Als die kritische Gründungsphase überwunden war und sich die Vorteile eines gemeinsamen Marktes abzeichneten, beschloss auch die englische Regierung, ihren Beitritt zu betreiben, gemeinsam mit ihren nordeuropäischen Partnern aus der EFTA. Dänemark, Schweden, Finnland und Irland brachten sich aktiv in die Europäische Integration ein. Die Renationalisierung der

Politik in Dänemark und Schweden unter dem Eindruck der Finanz- und Flüchtlingskrise ist daher eine Niederlage der europäischen Idee. Norwegen, Island und Grönland schlossen sich ihnen nicht an, da sie ihre Fischfanggebiete den europäischen Partnern nicht öffnen wollten.

Spanien, Portugal und Griechenland suchten nach Überwindung der Diktaturen die Nähe der demokratischen Staaten der EU aus innenpolitischen und wirtschaftlichen Gründen.

Nach der Auflösung des Warschauer Paktes und dem Zusammenbruch der SU wollten die ost- und mitteleuropäischen Staaten vor allem am Wohlstand der EU über den gemeinsamen Markt partizipieren, der sie sich auch kulturell verbunden fühlten. Dem Integrationsgedanken standen sie skeptisch bis ablehnend gegenüber nach ihren Erfahrungen mit der eingeschränkten Souveränität der Staaten des sozialistischen Lagers, der Breshnew-Doktrin von 1968. Sie besannen sich nach der Wiedergewinnung der Souveränität auf ihre nationalen Wurzeln und pflegten ihre nationale Geschichte gegenüber dem übernationalen Europagedanken. Zudem sahen sie in den USA eher die Schutzmacht gegenüber Russland als den Partner und Konkurrenten wie die Westeuropäer, so dass eine gemeinsame Außenpolitik erschwert wurde. Im Irak-Krieg unterstützten sie in der Koalition der Willigen die USA und England und stellten sich damit gegen die deutsch-französische Außenpolitik. Ein Engagement für eine weitergehende Integration ist von ihnen in der Regel nicht zu erwarten.

Rückhalt fanden sie in Großbritannien, das der EU in dem Moment beigetreten war, als die Anfangsschwierigkeiten und Gefahren des unmittelbaren Scheiterns überwunden waren und die wirtschaftlichen Vorteile der Integration sichtbar wurden, während andererseits das britische Konkurrenzunternehmen Europäische Freihandelszone EFTA sich als deutlich unterlegen erwiesen hatte. Im Vordergrund stand das nationale wirtschaftliche Interesse Großbritanniens – auch zu Lasten aller übrigen Europäer –, das es am besten in einem gemeinsamen Markt ohne weitergehende Integration verfolgen konnte, wie ausdrücklich nicht nur Margaret Thatcher, sondern zuletzt Premierminister Cameron zur Rechtfertigung seiner Reformpläne formulierte. Großbritannien hat daher bis heute keinen einzigen positiven Beitrag zur europäischen Integration geleistet, sondern im Gegenteil sich jeder weiteren Integration versagt und diese so weit wie möglich blockiert. Dies gilt durchgängig – unabhängig von der Dominanz des Neoliberalismus im gegenwärtigen Europa – für eine Weiterentwicklung der europäischen

Sozialpolitik. Zur Zeit strebt Cameron eine Änderung der Verträge an, die eine weitere Integration insbesondere auf dem Gebiet der Sozialpolitik dauerhaft unterbinden soll. Ein Austritt Englands aus der EU und seine spätere Assoziierung wären unter diesen Umständen wünschenswert. Dies würde zwar noch nicht das Problem des Neoliberalismus lösen, wohl aber seine Festschreibung in den neu formulierten Verträgen verhindern. Nach Ansicht schottischer Politikwissenschaftler würden auf einen Austritt Englands aus der EU das Zerbrechen des Vereinigten Königreiches und der anschließende Beitritt Schottlands zur EU folgen. Dies ist zumindest eine Überlegung, die den englischen Erpressungsversuch gegenüber den übrigen Europäern etwas relativiert. Englands EU-Politik seit seinem Beitritt bestätigt die Vorbehalte, mit denen de Gaulle eine britische Mitgliedschaft in der EU verhindern wollte.

— Wie Sie wissen, ist hier meine Position äußerst umstritten.

Deutschland in den Institutionen

Die zur Verwirklichung der Integration benötigten Institutionen – Kommission, Rat, Gerichtshof und Parlament – sollen hier nicht im Einzelnen besprochen werden. Ihre Einrichtung zielte auf Dauerhaftigkeit und weitere Integration.

Die Stellung Deutschlands in der EU und damit im Rat war von Anfang an schwierig: Die Erinnerung an die Nazizeit schwingt immer wieder mit, wobei nicht ganz klar ist, ob es sich um echte Vorbehalte oder um wohlfeile Diffamierungen in der politischen Auseinandersetzung handelt. Erinnert sei an die vor Wut schäumenden Ausfälle Margaret Thatchers gegen die deutsche Einigung, aber auch an die Karikaturen Angela Merkels als Nazi in der Griechenlandkrise. Wie dargelegt war die Kontrolle Deutschlands ein Motiv zur Gründung der EGKS.

Zudem ist Deutschland die wirtschaftlich und bevölkerungsmäßig bedeutendste Nation der EU. Gegen den Willen Deutschlands läuft in der EU nichts. Allen Bundeskanzlern von Adenauer bis sogar Schröder war jedoch klar, dass Deutschland in dem Augenblick den geballten Widerstand aller anderen gegen sich hätte, in dem es versuchen sollte, diese Macht auszuspielen. Die enge Bindung an Frankreich und die Unterstützung durch seine Regierung, teilweise die Überlassung der Vorreiterrolle sicherte Deutschlands Einfluss im Konzert der übrigen Mächte. Nur ein gemeinsames Vorgehen Frankreichs und Deutschlands, teilweise unter Führung Frankreichs, sicherte das Voranschreiten der europäischen Politik. Neben Frankreich stützte sich die deutsche Politik auf die kleineren Mächte, Österreich, Finn-

land, Luxemburg. In der Finanz- und Griechenlandkrise haben Merkel und Schäuble diesen Konsens verlassen und mit brutaler Gewalt ihre Ansicht gegenüber allen anderen Europäern durchgesetzt. Die deutsche Politik trägt unter Merkel deutlich deutsch-nationale und hegemoniale Züge, die zunehmend von den übrigen Europäern zurückgewiesen werden. Zu Recht hat Altbundeskanzler Kohl Merkel vorgeworfen, sie zerstöre Europa, auch wenn er sich später von dieser Formulierung distanzierte.

Die Isolierung Deutschlands in der Flüchtlingskrise ist die Retourkutsche für die Durchsetzung der deutschen Machtansprüche in den vorangegangenen Krisen, wie auch der ehemalige Kommissar Verheugen oder der Präsident des Europäischen Parlaments Schulz kritisierten.

Die Stellung des Parlaments als Institution war von Anfang an problematisch: Um die Wirtschaft der sechs Gründungsstaaten zu integrieren, wurde die geregelte und ständige Zusammenarbeit der Regierungen im Rat benötigt; vorbereitet und umgesetzt wurden die Beschlüsse des Rates durch eine Verwaltung, an deren Spitze die Kommission stand; Konflikte über die Verträge wurden durch den Gerichtshof geklärt. Das Parlament hatte damit keine echte Funktion. Es war im Anfang nur ein quasidemokratisches Feigenblatt, das nicht einmal direkt gewählt wurde und nur beratende Funktion ausübte. Seit dem hat es sich zahlreiche Rechte erstritten bis zum Sturz der Kommission; nach wie vor fehlen ihm viele für ein Parlament selbstverständliche Funktionen wie etwa das Initiativrecht.

Die Sitze im Parlament sind nach Nationen zugeteilt. Da auch kleinere Nationen sichtbar bleiben sollen, ergibt sich für sie eine überproportionale Vertretung. Organisiert aber ist das Parlament nach Fraktionen. Im letzten Wahlkampf traten die EVP mit Jean Claude Juncker und die Sozialdemokraten mit Martin Schulz als gesamteuropäischen Spitzenkandidaten an und demonstrierten damit den Machtanspruch des Parlaments. Die Linke konnte sich nicht zu einem Spitzenkandidaten durchringen. Tsipras trat für die Griechen und Italiener an, die übrigen nationalen linken Parteien waren jedoch zu sehr zerstritten, als dass sie sich auch formal auf seine Spitzenkandidatur hätten einigen können.

Immerhin konnte sich der siegreiche Spitzenkandidat der EVP Juncker mit Unterstützung der Sozialdemokraten als Präsident der Kommission durchsetzen. Schon seine Kandidatur, erst recht aber die Besetzung des Präsidiums der Kommission hatte Angela Merkel mit allen Mitteln zu verhindern gesucht. Der Sieg Junckers war auch

ein Sieg eines europäisch-konservativen Politikers über die neoliberale deutsch-nationale Politik Angela Merkels

Der Neoliberalismus

Der Neoliberalismus entstand als moderne Ideologie in den 50er Jahren in Chicago; Regierungspolitik wurde er unter Pinochet in den 70er Jahren in Chile, dann unter Thatcher in England und unter Reagan in den USA. In Europa wurde er belächelt als Voodooökonomie. Als ihr wichtigster Vertreter Milton Friedman 1976 den Wirtschaftsnobelpreis erhielt, kommentierte der deutsche Liberale, Soziologe, EU-Kommissar und als Ökonom Mitglied des englischen Oberhauses Ralf Dahrendorf, dies sei eine bemerkenswerte Theorie, aber wehe der Regierung, die sie umsetze.

Der Neoliberalismus geht von unbewiesenen Voraussetzungen ohne Rückhalt in der Realität über die Allmacht des Marktes aus, gepaart mit einem Sendungsbewusstsein, das alle wirtschaftlichen Probleme dieser Welt zu lösen verspricht. Er trägt damit deutliche Züge einer menschenverachtenden Ersatzreligion, die etwa Papst Franziskus in mehreren Rundschreiben als unmenschlich, mit christlichen Werten nicht vereinbar geißelt hat.

Die europäischen Gremien Parlament, Rat und Kommission sind seit der Jahrhundertwende neoliberal orientiert: Im Parlament orientierten sich EVP, Liberale und Sozialdemokraten an den Grundsätzen neoliberaler Wirtschaftspolitik, die Mehrheit der Regierungen im Rat stützte sich auf neoliberal ausgerichtete Parteien, die von den nationalen Regierungen benannten Kommissare waren mehrheitlich neoliberal geprägt. Dies galt insbesondere für den Kommissionspräsidenten und Merkels Ziehsohn Barroso. Unter dem Diktat Deutschlands wurden die nationalen Politiken Europas etwa in der Schuldenbremse neoliberal ausgerichtet. Dies führte nicht nur im Saarland, sondern vor allem die Osteuropäer an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und zu massiven sozialen Spannungen.

Dennoch ist die EU keine neoliberale Organisation.

Die EU ist ähnlich wie das Grundgesetz auf keine Wirtschaftsordnung festgelegt. Als der Neoliberalismus ausformuliert wurde, gab es sie bereits seit mindestens 20 Jahren. Anders als das GG ist die EU jedoch dem Neoliberalismus gegenüber anfälliger, da eine ausdrückliche Sozialstaatsklausel fehlt. Sozialpolitische Ansätze, wie sie in den 80er Jahren verfolgt wurden, scheiterten seitdem an der neoliberalen Grundausrichtung der Mehrheiten.

Diese Mehrheit ist jedoch, wie immer

in der Demokratie, nicht festbetoniert. Juncker führte seinen Wahlkampf als Kritik am Neoliberalismus, Martin Schulz folgte ihm; ein Abbröckeln neoliberaler Mehrheiten zeigt sich in den verschiedenen Mitgliedsstaaten auch als Reaktion auf das deutsch-nationale, neoliberale Diktat Merkels und Schäubles.

Die Kritik am Neoliberalismus stärkte den rechten Rand: in Griechenland und Frankreich gewinnen rechtsradikale Parteien an Einfluss, in Ungarn und Polen regieren quasi-faschistische oder national-konservative Parteien.

Die national-konservative Partei in Polen errang ihren Sieg durch massive Kritik am Sozialabbau der neoliberalen Vorgängerregierung, den diese vor allem auf deutschem Druck hin vorgenommen hatte.

Im Kampf gegen den Neoliberalismus wurde in Polen die nationalkonservative Partei von katholischen Geistlichen und dem katholischen Sender Radio Marya unterstützt. Ihr Sieg steht jedoch auf schwankendem Boden: die national-katholische Ikone Lech Waleśa distanziert sich schon seit längerem von der PiS-Partei, auch die polnische Bischofskonferenz hüllt sich insgesamt in Schweigen und bringt damit eher ihre Distanz zur PiS zum Ausdruck, einige Bischöfe dagegen unterstützen im Streit mit der EU die Regierung, der niedere Klerus vertritt mehrheitlich offen klerikal-faschistische Positionen.

Die Kritik am Neoliberalismus beflügelte in Osteuropa wie in Deutschland auch die Kritik an den europäischen Institutionen. Diese erschienen nicht nur neoliberal, sondern zusätzlich als von Deutschland und seinen Interessen dominiert. Dies alles kulminierte in einer Absage an die europäische Integration und ihre unangenehmen Folgen z. B. in der Flüchtlingsfrage.

Aber auch die Parteien auf der Linken werden durch die Kritik am Neoliberalismus gestärkt: In Griechenland regiert eine linke Partei, linke Parteien haben in Spanien und Portugal dazu gewonnen, ein Regierungseintritt ist nicht mehr utopisch. Auch die Sozialdemokraten übernehmen mehr und mehr die Kritik am Neoliberalismus und rücken wieder nach links wie etwa in Frankreich.

Wie wäre wohl die Griechenlandkrise verlaufen, wenn statt Schäuble ein rot-rot-grüner deutscher Finanzminister am Verhandlungstisch gesessen und das deutsche Gewicht in die Waagschale geworfen hätte? Welche Chance hätte der von Gregor Gysi in die Debatte eingebrachte Vorschlag eines europäischen Marshallplans für Griechenland gehabt anstelle des Diktats von Merkel und Schäuble? Sogar Philipp Rösler sprach von einem Marshallplan als Hilfsprogramm für die

griechische Wirtschaft.

Die Niederlage von Tsipras gegen die EU ist nicht nur seine, sondern auch eine Niederlage der deutschen Linken, denn das Projekt rot-rot-grün scheiterte nicht nur an den Sozialdemokraten. Wem die reine Lehre wichtiger ist als das geduldige Bohren dicker Bretter, wer die Messlatte für eine Koalition bereits im Vorfeld so hoch legt, dass kein Sozialdemokrat oder Grüner sie erreichen kann, wer im eigenen Lager Anhänger eines gemeinsamen Regierungsprojektes diffamiert, hat kein Recht, sich über eine verfehlte europäische Politik zu beklagen. Auf dem Bielefelder Parteitag hat Gregor Gysi in seiner Abschiedsrede diese von Sahra Wagenknecht am Vortag vertretene Position der Messlatte scharf kritisiert. Sorgen wir dafür, dass ab 2017 in Deutschland eine rot-rot-grüne Regierung gebildet werden kann; dies bedeutet allerdings auch, dass sich die Linke kompromissbereiter gegenüber ihren Partnern zeigt. Dies gilt auch in der Europa-Politik.

Im Augenblick scheint die Kritik an der neoliberalen deutschnationalen Politik Merkels eher die europäischen konservativen Nationalisten und Rechtsradikalen zu stärken als die Linke. Dies gilt es ändern.

Schengen

Je mehr der gemeinsame Markt, – der Waren- und Güterverkehr, der Kapital-, der Dienstleistungs- und Personenverkehr – integriert wurde, um so störender wurden die Kontrollen an den Grenzen empfunden. Arbeitnehmer aus Grenzregionen, – etwa Lothringer, die im Saarland einen Arbeitsplatz hatten, mittelständische saarländische Betriebe, die in Lothringen einen Auftrag durchführen wollten, Exportunternehmen, aber auch schlicht Touristen – beklagten die langen Wartezeiten an den Grenzen, die Unternehmer und Arbeitnehmer Geld und Aufträge und damit Arbeitsplätze kosteten. Mit der Durchsetzung der Zollunion hatten die Kontrollen eine wichtige Rechtfertigung verloren. 1985 wurde daher in Schengen bzw. auf der Mosel zwischen Schengen und Perl ein Abkommen zwischen Frankreich, den Benelux-Staaten und Deutschland über den Wegfall der Grenzkontrollen geschlossen, das mit Verzögerungen u. a. wegen der deutschen Einigung 1995 in Kraft trat.

England blockierte die Ausdehnung des Vertrages auf die übrigen EU-Länder, konnte aber seine Aufnahme in den Vertrag von Amsterdam 1999 nach seiner Bewährung nicht mehr verhindern. Es setzte jedoch für sich Sonderrechte durch, die es faktisch aus dem Schengen-Raum ausschlossen.

Nach dem Wegfall der Außengrenzen der Bundesrepublik zu den unmittel-

baren Nachbarländern verschob sich diese Außengrenze an die Grenzen der EU. Es war damit ein Wirtschaftsraum entstanden, der Einwanderungswillige aus aller Welt, insbesondere aus der zusammenbrechenden SU, aber auch aus Afrika und dem Vorderen Orient anlockte.

Da die Bundesrepublik es aus konservativideologischen Gründen grundsätzlich ablehnte, über Einwanderung auch nur nachzudenken, wuchs der Druck durch illegale Einwanderung an den Außengrenzen immer mehr an. Die Europäer, an ihrer Spitze die Bundesrepublik, reagierten mit dem Ausbau der Festung Europa. Ein Höhepunkt deutschnationaler Interessenpolitik war mit dem Abkommen Dublin II erreicht: Asylsuchende sollten aus verwaltungstechnischen Gründen jeweils in dem Land den Asylantrag stellen, in dem sie den Boden der EU betreten hatten. Damit konnte die Einwanderungsdiskussion in Deutschland beendet werden, denn Flüchtlinge konnten Deutschland nur schwimmend über die Nordsee erreichen. Spanien sicherte seine Grenze nach Marokko durch hohe Zäune, Polen verschärfte seine Kontrollen gegenüber der Ukraine, in Nordafrika blockierten diktatorische Regime von Ägypten bis Marokko jede größere Bevölkerungsbewegung; dennoch ankommende Flüchtlinge wurden von den Mittelmeeranrainerstaaten absorbiert und waren als billige Arbeitskräfte zum Teil willkommen. Die Bundesrepublik saß auf einer Insel der Seligen – sie war kein Einwanderungsland – und verkündigte dies wie ein Glaubensmantra. Dies änderte sich mit den Folgen des arabischen Frühlings.

Die Isolierung Deutschlands in der Flüchtlingskrise ist nicht nur auf das Diktat Merkels und Schäubles in der Finanz- und Schuldenkrise zurückzuführen. Auch Merkels sprunghafte und mit den übrigen Europäern nicht abgestimmte Wechsel in der Flüchtlingsfrage förderten nicht gerade die Solidarität der übrigen Europäer. Ihr „wir schaffen das“ gab ihr die Aura einer Mutter Theresa, während die Folgen dieser weder europapolitisch noch verwaltungstechnisch vorbereiteten Politik den europäischen Partnern und den Bundesländern auf die Füße fielen.

Schließlich ist auch nicht auszuschließen, dass nun, nachdem sich Deutschland als präceptor Europae geriert hatte, die übrigen Europäer die deutschen Schwierigkeiten mit klammheimlicher Freude beobachteten. Zu Recht sprechen daher Politikwissenschaftler vom Politikversagen der deutschen Politik als Ursache der gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Flüchtlingskrise. Das Gegenteil von „gut“ ist „gut gemeint“.

Ein Scheitern Schengens und die

Einrichtung innereuropäischer Grenzen würde nach Berechnungen der französischen Regierung die europäische Volkswirtschaft in zehn Jahren 110 Mrd Euro kosten.

Jean Monnet forderte bei der Gründung der EWG 1956 die Europäer zu Solidarität und Konsens auf. Das Flüchtlingsproblem kann nur in Solidarität und im Konsens der Europäer untereinander und mit den Flüchtlingen gelöst werden. Dazu gehört als erstes die Aufkündigung des Dublin-Abkommens, wie es die Linke seit langem fordert, an deren Stelle ein neues, europäisches und solidarisches System treten müsste. Es scheint sehr zweifelhaft, ob Merkel dies implementieren kann. Dies ist eher noch ihrem europäischen Parteifreund Juncker zuzutrauen. Die Linke müsste sich dann überlegen, wie weit sie ihn unterstützen kann. Denn „Politik ist das geduldige Bohren dicker Bretter...“

Der Euro

Die Währungspolitik spielte bei der Gründung der EWG keine Rolle: Europa hatte eine gemeinsame Währung, den US-Dollar. Nach dem System von Bretton Woods von 1944 hatte jede europäische Währung ein festes Austauschverhältnis zum Dollar, damit war der Kurs der europäischen Währungen untereinander festgelegt. Dieses System brach 1971 zusammen, als sich die USA weigerten, weiterhin Dollar in Gold umzutauschen, wozu sie nach dem Vertrag von Bretton Woods verpflichtet gewesen wären. Schon 1968 hatte die Bundesrepublik den Wechselkurs kurzfristig freigegeben und damit die EG in ein Wechselkurschaos gestürzt. Die Ungewissheit über die zukünftigen Austauschverhältnisse der europäischen Währungen behinderte die Integration des gemeinsamen Marktes. Aber nicht nur die Wirtschaft, auch die EU selbst wurde in ständige Turbulenzen gestürzt, da Haushaltbeiträge, EU-Beihilfen, Subventionen bei jeder Wechselkursänderung neu berechnet werden mussten mit entsprechenden Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedstaaten unter medialer Begleitmusik. Auf die einzelnen insgesamt gescheiterten Versuche zur Wiederherstellung des Währungssystems in den 70er und 80er Jahren wie z. B. die Währungsschlange möchte ich hier nicht eingehen.

Über den Weg zur Wiederherstellung der gemeinsamen Währung gab es zwei Theorien, die sich in zwei Lagern gegenüberstanden: Beide waren sich einig darin, dass eine gemeinsame Währung nur Bestand haben konnte, wenn es eine gemeinsame Notenbank gab und eine gemeinsame Wirtschaftsregierung, die dafür Sorge tragen, dass der europäische Markt sich gleichmäßig, harmonisch und integrativ entwickelt und

die noch bestehenden Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur, insbesondere Lebensstandard, Arbeitslosenquote, Inflationsrate und Außenwirtschaft auf einem für alle Europäer günstigem Niveau angeglichen würden. Die Monetaristen gingen davon aus, dass die Implementierung einer gemeinsamen Währung zwangsläufig eine Harmonisierung der Wirtschaftsstrukturen und langfristig die Einsetzung einer Wirtschaftsregierung nach sich ziehen würde, da sonst die Währung scheitern würde, was wiederum den Interessen aller Europäer entgegenlaufen würde, die daran teilnehmen. Die anderen, an der Spitze die deutsche Bundesbank, gingen davon aus, dass sich diese Harmonisierung nicht erzwingen ließe und die gemeinsame Währung an den Differenzen zwischen den Wirtschaftsstrukturen scheitern werde. Sie wollten daher zunächst die Volkswirtschaften im europäischen Binnenmarkt harmonisieren durch eine gemeinsame Strukturpolitik und die Anstrengungen der einzelnen europäischen Regierungen. Beide Lager blockierten sich gegenseitig.

Die Engländer lehnten eine gemeinsame Währung ab und warteten auf das Scheitern des Projektes.

Von diesem Patt profitierte die Deutsche Bundesbank. Die Exportstärke der deutschen Wirtschaft, seine daraus resultierenden Währungsreserven und die Stärke der DM hatten die Deutsche Bundesbank zur mächtigsten Währungsinstanz Europas gemacht: Wollten die übrigen Europäer nicht wirtschaftliche Nachteile in der Konkurrenzfähigkeit in Kauf nehmen, mussten sie ihre geldpolitischen Entscheidungen – Geldmenge, Zinsniveau mit Auswirkungen auf die Inflationsrate, Konkurrenzfähigkeit und die Beschäftigung – an denen der deutschen Bundesbank orientieren, die allein nach den Interessen des deutschen Marktes entschied. Österreich und die Niederlande orientierten ihre Geldpolitik direkt an der deutschen Bundesbank, die anderen mussten zwangsläufig folgen. Für Frankreich bedeutete dies, dass die Französische Nationalbank keine selbständigen Entscheidungen mehr treffen konnte, sondern die autonomen Entscheidungen der Deutschen Bundesbank berücksichtigen musste.

Eine Lösung des Problems brachte die deutsche Einheit. Deutschland wünschte die Aufstockung seiner Mandate im Europäischen Parlament entsprechend dem Anteil der 16 Millionen DDR-Bürger. Eine Bindung an die Bevölkerungszahl war im EU-Vertrag nicht vorgesehen: die kleineren Staaten waren überrepräsentiert, die Mandate der größeren auf gleichem Niveau gedeckelt. Dennoch konnte man die 16 Millionen neuen EU-Bürger nicht einfach ignorieren.

Aus französischer Sicht sollte nun noch die faktische Herrschaft Deutschlands über die europäische Wirtschaft durch die deutsche Bundesbank durch eine Vergrößerung des deutschen Gewichtes im Europäischen Parlament verstärkt werden. Daher bestand Frankreich auf der Implementierung einer europäischen Währung, die die Alleinherrschaft der Deutschen Bundesbank beenden sollte. Als Datum wurde der 1.1.1999 fixiert. Die Deutsche Bundesbank überschlug sich in der Formulierung von Gegenargumenten und Warnungen und spuckte Gift und Galle gegen ihre Entmachtung.

Da Frankreich die Implementierung des Euro gegen Deutschland durchsetzte, konnte Deutschland die innere Ausgestaltung der EZB weitgehend dominieren. Entsprechend den traditionellen Ängsten der Deutschen, der Staat könne durch die Notenpresse unbequemen Entscheidungen ausweichen und dadurch die Inflationsgefahr erhöhen, wurde die EZB von staatlichen Eingriffen unabhängig. Dies entsprach bei weitem nicht der französischen Tradition, die seit Colbert staatliche Eingriffe in die Wirtschaft für unabdingbar hält. Es widersprach auch der Tradition der Keynesianer, die die Politik der Notenbank durch eine entsprechende Haushaltspolitik bzw. durch eine europäische Wirtschaftsregierung ergänzen oder korrigieren wollen. Allerdings kam es weitgehend den neoliberalen Vorstellungen entgegen, die immer populärer wurden.

Tatsächlich hat die Europäische Zentralbank heute eine Unabhängigkeit, die die Deutsche Bundesbank nie hatte:

An den Sitzungen des deutschen Zentralbankrates konnten der Finanzminister und der Wirtschaftsminister teilnehmen, zwar ohne Stimmrecht, aber sie konnten ihre Position deutlich zu Gehör bringen. Auf der europäischen Ebene fehlt eine Institution, die mit der Autorität des deutschen Wirtschafts- und Finanzministers die politischen Ansprüche gegenüber den finanztechnischen Interessen der Bank von außen zur Geltung bringen könnte.

Im Euro-Raum haben wir ein Konzert von 19 Ministern, die selten zu einer gemeinsamen Tonlage finden.

Die Mitglieder des Zentralbankrates wurden von der Bundesregierung und den Bundesländern ernannt, die wirtschaftlich ähnlich strukturiert waren und daher trotz parteipolitischer Unterschiede in der Regel in die gleiche Richtung zogen. Sie stammten zudem meistens aus dem Umfeld der Regierungen. Auch war die Deutsche Bundesbank zur Bundestreue gesetzlich verpflichtet, auch wenn nicht genau klar war, was dies im Konfliktfall bedeutete. Eine derartige Bindung fehlt bei der EZB.

Die Einrichtung einer europäischen

Wirtschaftsregierung als Ergänzung der EZB käme damit der Stellung der Deutschen Bundesbank wieder näher.

Ein Scheitern des Euro wäre nicht nur das Scheitern eines Währungsexperiments, dessen Gefahren durchaus von Anfang an gesehen wurden, es wäre ein Scheitern der Integrationsbemühungen seit dem Ende von Bretton Woods Anfang der 70er Jahre. Die Wiedereinführung nationaler Währungen würde den Nationalismen zum Durchbruch verhelfen und den Friedensraum Europa zerstören; die Konkurrenz neoliberal kapitalistischer und nationalistischer Staaten könnte sich wieder in Aggressionen entladen, wie etwa Jugoslawien oder die Nachfolgestaaten der SU gezeigt haben.

Abgesehen davon wäre ein Zusammenbruch der europäischen Währung auch volkswirtschaftlich für alle beteiligten Staaten eine Katastrophe mit unübersehbaren sozialen Problemen, Währungsturbulenzen, Zusammenbruch des Exports, Massenarbeitslosigkeit. Deutschlands Gewicht würde wahrscheinlich zunächst zunehmen, da der Kurs der DM durch die Decke gehen würde, danach aber sehr schnell angesichts der zu erwartenden Arbeitslosigkeit und dem Widerstand der übrigen Europäer gegen das deutsche Übergewicht auch sehr schnell wieder reduziert werden.

All das kann eine linke, sich an sozialer Gerechtigkeit und Frieden orientierende Politik nicht wollen.

Das Gerede über die Rückkehr zu wie auch immer gearteten nationalen Währungen ist damit nichts anderes als populistisches Geschwafel von Stimmenfängern, die am rechten Rand grasen wollen.

In diesem Zusammenhang rührt es mich immer wieder von neuem zu Tränen, wenn Schäuble oder andere – z. B. Saarländer – besser wissen, was für Griechenland und seine Währung gut ist als die Griechen selbst. Der Verbleib Griechenlands im Euro ist mit Risiken verbunden, der Austritt wäre es auch gewesen. Die Entscheidung, welche Risiken sie eingehen und mit welchen sie evt. scheitern wollen, ist allein Sache der Griechen, also unserer Schwesterpartei Syriza, nicht arroganter und besserwisserischer Deutscher, sie mögen in Berlin oder in Merzig sitzen.

Die Krise, in die der Euro geraten ist, war vorhersehbar. Linke Politiker, die vor allem der Theorie von Keynes verpflichtet waren, haben davor gewarnt. Sie liegt in der mangelnden Koordination der europäischen Wirtschaftspolitik begründet. Nicht weniger Integration, also nationalistische Politik, sondern mehr europäische Integration ist gefordert. Eine europäische Wirtschaftsregierung müsste die auseinanderstrebenden europäischen Wirtschaften harmonisieren. Es liegt

dann an uns, dafür Sorge zu tragen, dass nicht neoliberale Mehrheiten ihren Kurs bestimmen, sondern eine soziale und demokratische Politik.

Was tun?

Es gilt Europa zu retten, formulierte Francois Mauriac 1945. Dies gilt heute mehr denn je. Der erreichte Stand der Integration mit all seinen Vorteilen für die Europäer, vor allem den Leistungen in der Friedenssicherung, ist ohne weitere Integration nicht zu halten. Zu groß sind die anstehenden Probleme, die die Europäer auseinanderdividieren.

Wir können unsere europäischen Partner nicht zu europafreundlichem Verhalten zwingen. Allerdings hat auch keiner unserer Partner das Recht, weitere Integrationschritte derjenigen zur Rettung Europas zu blockieren, die dies wollen. Der bestehende EU-Vertrag bietet dazu genügend Spielraum. Demjenigen, der sich als Nichtintegrationswilliger dadurch zum Mitglied zweiter Klasse deklariert sieht, steht es frei, sich der Integration anzuschließen, in diesem Status zu verharren oder zu gehen. Niemand, auch nicht England, hat das Recht, seine Partner daran zu hindern, notwendige Integrationschritte zur Rettung Europas einzuleiten.

Im Übrigen sollten wir bei den Partnern, die ihren Weg in Europa noch suchen wie die Osteuropäer, Geduld haben.

Dies gilt selbstverständlich nicht für die zentralen Werte der EU: Deutschland, Griechenland, Spanien und Portugal sind der EU jeweils nach Diktaturen beigetreten, um im Verbund mit demokratischen Staaten die Demokratie im eigenen Land zu schützen. Polen, Ungarn und wer immer ihnen folgen will, muss sich an den demokratischen Werten der EU messen lassen.

Es ist auch nicht hinzunehmen, dass einzelne Mitglieder sich lediglich die Rosinen aus der EU herausfischen, die Lasten aber den übrigen überlassen. Die Lastenverteilung muss jedoch immer wieder neu in der EU ausgehandelt werden, soweit sie nicht vertraglich geregelt ist.

Dieses Europa der zwei Geschwindigkeiten, wie es das Schäuble-Lamers-Papier 1994 ausformulierte, war schon vorher in den 80er Jahren immer wieder in die Debatte geworfen worden und ist heute faktisch mit der Einführung des Euro oder mit dem Schengen-Abkommen auf den Weg gebracht. Die Mitgliedschaft in der integrierten europäischen Friedens- und Solidargemeinschaft kann jedoch nicht von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des EU-Staates abhängen, wie dies Schäuble in der Griechenlanddebatte forderte, um die Griechen ausschließen zu können. Gerade die Südeuropäer, – Griechen, Italiener, Spanier und Portugiesen –, aber auch die Franzosen könnten ein solidarisches und soziales Gegengewicht gegen die noch neo-liberalen Nordeuropäer bilden. Daran könnte auch Deutschland mit einer rot-rot-grünen Bundesregierung mitwirken.

Europa wird sozial und demokratisch sein oder es wird gar nicht sein, formulierte Willy Brandt. Ohne einen Ausbau des Sozialstaates in Europa werden wir weder in der Wirtschaftspolitik den Euro halten können, noch das Nord-Süd-Gefälle in Europa beseitigen oder die Migrationsfrage lösen können. Dies ist jedoch mit der CDU/CSU nach ihrer ganzen Politik unter Merkel und Seehofer nicht machbar. Die CDU/CSU, ursprünglich der Motor der europäischen Einigung in Deutschland, hat das europäische Erstgeburtsrecht für das Linsengericht des Neoliberalismus verkauft. Wenn Deutschland Anstrengungen zur Rettung Europas unternehmen will, kann dies nur eine Rot-Rot-Grüne Koalition leisten. Es ist an uns, die Linke koalitionsfähig zu machen.

Europa wird sozial und demokratisch sein, oder es wird gar nicht sein. Es gilt Europa zu retten.

Fangen wir damit an!

Walter Kappmeier

Am 23.2. war Gerichtsverhandlung gegen den Münchner Künstler Günter Wangerin wegen einer Kunstaktion bei einem Offiziersappell vor dem Nymphenburger Schloss

...

Dort wurden am 27. Juni letzten Jahres über 400 junge Soldaten zu Offizieren ernannt. Knapp eine Woche vor dem Ereignis waren alle Münchner zu einer öffentlichen Feier mit Marschmusik („Des Großen Kurfürsten Reitermarsch“) eingeladen. Die Einladung wurde von der Bundeswehr jedoch einen Tag vor dem Spektakel zurückgezogen, weil sie Protestaktionen befürchtete. Günter Wangerin hatte von der Ausladung nichts erfahren und begab sich unter die vor der Tribüne wartenden Eltern der jungen Soldaten. Er stieg mit einer Maske des Bundespräsidenten Joachim Gauck auf ein kleines Podest, salutierte und rief zweimal „Habt Acht!“, da wurde er (Jahrgang 1945) – nach eigenen Angaben ohne Vorwarnung – von zwei Feldjägern zu Boden geworfen, in Handschellen gelegt und der Polizei übergeben. Wangerins Anzeige wegen Körperverletzung wurde von der Staatsanwaltschaft abgewiesen – die gewaltsame Festnahme durch die Feldjäger sei rechtmäßig erfolgt. Stattdessen erhielt er einen Strafbefehl über 2400 € wegen Hausfriedensbruch. Die beiden Feldjäger behaupten, sie hätten im Guten auf Wangerin eingeredet und ihn mehrmals davon zu überzeugen versucht, dass es doch besser sei, die Aktion nicht weiterzuführen. Erst dann hätten sie ihn „kontrolliert zu Boden geführt“ und dort unter strikter Wahrung der Verhältnismäßigkeit der Mittel zur Ruhe gebracht. Zur Gerichtsverhandlung kamen weit mehr Zuschauer als Plätze vorhanden waren – überwiegend um Günter Wangerin zu unterstützen. Die Richterin wollte zunächst alle Besucher ohne Sitzplatz des Raumes verweisen, erlaubte ihnen dann doch, auf dem Boden Platz zu nehmen. Bei der Zeugenvernehmung ging es vor allem um die Frage, ob sich Wangerin überhaupt auf dem Gelände befunden hatte, auf dem die Bundeswehr ihre geschlossene Veranstaltung durchführte. Der Feldjäger, der dies behauptet hatte, war während des Gerichtstermins in Afghanistan im Einsatz und deshalb nicht erschienen. Das Verfahren wurde daraufhin vertagt. *Hans Waschkau*



Letzte Meldung: Prozess gegen Günter Wangerin wegen Hausfriedensbruch bei der Bundeswehr eingestellt!

Liebe Freundinnen und Freunde – Am vergangenen Samstag bekam ich ein Schreiben des Amtsgerichts München. Es enthielt die Mitteilung, dass das Verfahren gegen mich eingestellt ist. Die Kosten – einschließlich Anwalt – trägt die Staatskasse. Dieser Beschluss, davon bin ich fest überzeugt, ist (neben der schlechten Presse für die Bundeswehr) nicht zuletzt dadurch erfolgt, dass so viele von Euch beim Prozess waren. Solidarität war sichtbar. Sie ist auch für ein Gericht in diesen Zeiten nicht ohne Bedeutung. Urteile werden nicht im luftleeren Raum gesprochen. Dank also noch einmal an Euch alle! (...)

Mit solidarischen Grüßen Günter Wangerin



Inhalt

Türkische Nationalisten in Deutschland provozieren Konflikt mit Kurden • „Koalition der Spießbürger“ • Panama-Papiere

Europäische Säule sozialer Rechte	4
Konferenz der Union Europäischer Dienstleistungsgewerkschaften (UNI Europa) zur digitalen Revolution am Arbeitsplatz	4
Südfrankreich: Arbeiter übernehmen Tee-Fabrik von Unilever	5
Auslandsnachrichten	6
IUL/Danone: Begrenzung von prekärer Beschäftigung • Europäischer Aktionstag gegen General Electric • Türkei: Gewerkschaft bei Hugo Boss unerwünscht • Bahrain: Lehrer nach fünf Jahren Gefängnis frei • Neuseeland: Verbot von Nullstundenverträgen • Kanada: Forderung nach Tarifrechten und Anerkennung • Panama: ITF-Gewerkschaft erreicht Vertrag mit DHL • Argentinien: Entlassungen im öffentlichen Dienst • Argentinien: drohende Liberalisierung im Luftverkehr	
Aktionen ... Initiativen	8
Griechenland: Tausende Flüchtlinge leben in Angst und Verzweiflung • Venro fordert 1,5 Mrd. Euro mehr für Entwicklungszusammenarbeit • Feinste Lobbyarbeit im Sinne der Luftverkehrswirtschaft • Zum internationalen Tag der Roma am 8.4.2016: Menschenrechte statt „sichere Herkunftsstaaten“ • Stoppt den Staatsterror der AKP! • Globaler Aktionstag am 3. Mai zu H&M • Aufruf an die deutsche Bundesregierung und die Europäische Union	
Mannheim: Protest eskaliert in G8G-Zentrale	10
Balkanlager Bamberg und Manching schließen! Keine Abschiebung um jeden Preis	11
Kommunale Politik	13
Neun Ombudspersonen für Flüchtlinge Mindestanforderung: Köln. • Stromnetzbeirat droht zu Alibi-Beiwerk zu werden: Hamburg. • Offene Flanke nach rechts: CDU, FDP & Co. kooperieren mit AfD. Bochum. • Linke: Geldes soll 700 Millionen € für mehr Wohnungsbau unterstützen. Bottrop. • Gelungene Integration nicht abreißen: Frankfurt a.M. • Die Stadt Essen erarbeitet ein Konzept zur Erweiterung der sozialen Infrastruktur: Essen. • Ein Jahr Umwandlungsverordnung: Berlin • Anfrage: Welche Standards gelten wirklich in Not-Aufnahmereinrichtungen der Regierung von Oberbayern und den Gemeinschaftsunterkünften der Stadt? München. • Fraktion Freie Wähler & Die Linke. gegründet: Lübeck	
Transnationale Betriebsvereinbarungen – Freiwilliger Rechtsrahmen	15
Europäische Bürgerinitiative „Fairer Transport in Europa“	15
Wirtschaftspresse	15
Die Linke und die EU	16
Prozess gegen Münchner Künstler Wangerin	23

Neu bei Rosa Luxemburg Stiftung:

Gemeinnützigkeit versus Profitmaximierung – Für eine neue soziale Wohnungspolitik. Reader zur Konferenz vom 30.10.2015 in Berlin

Bei der Rosa Luxemburg Stiftung ist als Online-Publikation die Zusammenstellung der Materialien zu einer wohnungspolitischen Konferenz im Oktober letzten Jahres erschienen. In einem einleitenden Beitrag von Heidrun Bluhm, Linke-Bundestagsabgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern, heißt es:

„Die Wohnungsfrage in Deutschland allein dem Markt zu überlassen, bedeutet sehenden Auges soziale Verwerfungen in Kauf zu nehmen. Wir wollen einen Paradigmenwechsel von privater Renditeerwirtschaftung zu öffentlicher Daseinsvorsorge einleiten. Die Wohnungspolitik muss Wohnungen wieder als Sozialgut begreifen und dafür Sorge tragen, dass Menschen mit geringem Einkommen nicht aus den Innenstädten verdrängt werden, die Wohnkosten im Verhältnis zum Einkommen nicht weiter steigen und das Problem steigender Zahlen von Wohnungs- und Obdachlosen effektiv bekämpft wird. Die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit in Deutschland 1990 war ein großer Fehler, den die Bundespolitik angesichts einer sich zuspitzenden Lage am Wohnungsmarkt korrigieren muss“, kommentiert Heidrun Bluhm, bau- und wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die Forderung nach einem gemeinnützigen Wohnungssektor.

Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und der Rosa-Luxemburg-Stiftung diskutieren heute mit Experten aus der Wohnungswirtschaft und der Wissenschaft in der Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern die Einführung eines gemeinwohlorientierten Sektors in der Wohnungswirtschaft. Grundlage ist dabei die wissenschaftliche Studie „Neue Gemeinnützigkeit – Gemeinwohlorientierung in der Wohnraumversorgung“ des Sozialwissenschaftlers und Experten für Wohn- und Mietpolitik Dr. Andrej Holm. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum bei gleichzeitig steigender Nachfrage und ein weiterer Rückgang an Sozialwohnungen erfordert eine neue soziale Wohnungspolitik, stellen die Akteure übereinstimmend fest. Als Ergänzung und Korrektiv zur vorherrschenden Renditeorientierung des Wohnungsmarktes will DIE LINKE

nach dem Vorbild anderer EU-Staaten einen gemeinnützigen Wohnungsbestand in Deutschland nachhaltig aufbauen.

Lukas Siebenkotten, Direktor des Deutschen Mieterbundes, sagt dazu: „Wir brauchen in Deutschland nicht nur mehr Wohnungen, wir brauchen vor allem mehr bezahlbare Wohnungen. Mit der klassischen sozialen Wohnraumförderung und zeitlich befristeten Bindungen allein ist dieses Ziel nur schwerlich zu erreichen. Wir brauchen deshalb zusätzlich einen Wohnungssektor, der sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlt und unbefristete Bindungen akzeptiert – Wohnungsanbieter also, die dauerhaft sicheres und bezahlbares Wohnen gewährleisten.“ Dr. Andrej Holm kommt in seiner Studie zu dem Ergebnis: „Die Neue Gemeinnützigkeit im Wohnungsbereich ist machbar, sinnvoll und notwendig.“ Weiter heißt es in der Studie: „Insbesondere angesichts einer erstarkenden Tendenz der Finanzialisierung der Wohnungswirtschaft werden Wohnungen mehr und mehr gebaut und erworben, um Geld profitabel anzulegen, und nicht, um menschliche und gesellschaftliche Grundbedürfnisse zu erfüllen. Diese radikalisierte Dominanz des Tauscherts über den Gebrauchswert gilt es umzukehren.“

Inhaltsverzeichnis des Readers:

Gemeinnützigkeit versus Profitmaximierung – für eine neue soziale Wohnungspolitik • Bundesweiten Aktionsplan für eine gemeinnützige Wohnungswirtschaft auflegen (Bundestags-Drucksache 18/7415) • Neue Gemeinnützigkeit – Gemeinwohlorientierung in der Wohnungsversorgung – Kurzfassung einer Studie von Andrej Holm • Gemeinwohlorientierung in der Wohnungsversorgung – Andrej Holm • Zur Präsentation von Jan Laurier, Vorsitzender der „Dutch Union of Tenants / Nederlandse Woonbond“, Amsterdam • Einleitung zur Präsentation von Mag. Eva Bauer, wohnwirtschaftliche Referentin im Österreichischen Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen, Wien • Zur Präsentation von Sven Bergensträhle, Vorsitzender der „International Union of Tenants“ (IUT)

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 12. Mai 2016.

Redaktionsschluss: Freitag, 6. Mai

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine 2016:

23. Juni, 21. Juli, 18. Aug., 15. Sept., 13. Okt., 10. Nov., 8. Dez.